kommunistische hochschulzeitung

Nov. 73 Herausgegeben von der Marxistisch - Leninistischen Studentenorganisation (MLS) 2. Jg./Nr. 7

INHALTSVERZEICHNIS

NAHOST-KRIEG: der Schlüssel zum Sieg liegt in der Hand der arabischen Völker

Am Montag, den 22. Oktober appellierte der UNO-Sicherheitsrat (bei Stimmenthaltung des chinesischen Delegierten) an die kriegführenden Parteien im Nahen Osten, die Kampfhandlungen sofort einzustellen, unverzüglich mit der Befolgung der Sicherheitsratsresolution Nr. 242 vom November 1967 zu beginnen und "unter einer angemessenen Schirmherrschaft" gleichzeitig mit Verhandlungen über eine dauerhafte Friedensregelung zu beginnen. Israel und Ägypten haben sich sofort, Syrien nach einigem Zögern mit dem Waffenstillstand einverstanden erklärt. Die israelischen Truppen haben jedoch nicht aufgehört, die arabischen Stellungen anzugreifen. Die neue UNO-Resolution mit der Nummer 338 ist auf eine gemeinsame Initiative der USA und der Sowjetunion zustandegekommen, ihr Inhalt wurde in den Konsultationen zwischen Kissinger und Breschnjew in Moskau ausgehandelt. Der Sicherheitsrat hat sich - gegen den Widerstand des Vertreters der VR-China - einmal mehr als willfähriges Instrument der Politik der beiden Supermächte erwiesen. Bei einem neuerlichen Zusammentreffen beschloß er am 25. Oktober die Entsendung eines fünf- bis sechstausend Mann starken "UNO-Friedenskontingents" in den "Krisenherd". Diese Beschlüsse des Sicherheitsrates sind ein weiteres Mittel für die beiden Supermächte, ihre Politik der "friedlichen Lösung" durchzusetzen, die der Aufteilung

Fortsetzung Seite 2





NUMERUS CLAUSUS: Bildungsplanung im Dienste des Kapitals

Der Beginn des Semesters brachte für viele Studenten Verschlechterungen der Studienbedingungen, die Studienanfänger sahen sich von vornherein mit den miserablen Ausbildungsbedingungen an der Hochschule konfrontiert:
überfüllten Hörsälen
zuwenig Plätze in Praktika, Proseminaren, Übungen
immanentem Prüfungsdruck in Proseminaren, Seminaren

Von vielen wird diese Situation als ziemliche Erschwerung des Studiums erlebt, das Scheitern bei Prüfungen führen sie dabei auf subjektive Schwierigkeiten beim Studium zurück. Einige resignieren und zweifeln, ob sie in dieser Studierichtung bzw. überhaupt weitermachen sollen.

Fortsetzung Seite 7

NAHOST KRIEG

des Nahen Ostens in ihre Einflußsphären und deren Absicherung dient. Die palästinensische Widerstandsbewegung hat sich entschieden gegen den Waffenstillstand ausgesprochen. Sie weiß, daß durch die "friedliche Lösung", die auf der Anerkennung des zionistischen Staates Israel beruht, die imperialistische Gewaltherrschaft über das palästinensische und die übrigen arabischen Völker zementiert werden soll. Nur durch die Abschüttelung des zionistisch-imperialistischen Jochs durch einen beharrlich geführten, revolutionären Volkskrieg kann ein gerechter und dauerhafter Frieden im Nahen Osten errungen werden.

Die Ursachen des vierten Nahostkrieges liegen - genauso wie die der Kriege von 1948/49, 1956 und 1967 - im aggressiven und expansionistischen Charakter des israelischen Zionismus begründet. Um seine militärische, wirtschaftliche und politische Vormachtstellung zu festigen, trachtet Israel seit jeher danach, immer größere Gebiete der arabischen Nachbarstaaten einzuverleiben, in ihnen jüdische Siedlungen zu errichten und sie ökonomisch für sich nutzbar zu machen.

Die amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten, die bis zum Tode Nassers im Gegensatz zur Sowjetunion kaum Einfluß auf die Politik der bürgerlichen arabischen Staaten gewinnen konnten, standen lange Zeit fast ausschließlich in allen Fragen voll hinter den Zionisten.
Im Gefolge der Niederlage der arabischen Staaten im Junikrieg 1967 und mit dem Machtantritt Sadats, eines Vertreters des proamerikanischen Flügels der ägyptischen Bourgeoisie, verlor die Sowjetunion allmählich an Einfluß zugunsten der USA. Sadat setzte eine Reihe von Maßnahmen, die ausländische Investitionen in Ägypten begünstigen und insgesamt dem Anschluß des ägyptischen Marktes an den imperialistischen Weltmarkt dienen. Dieser Rechtsruck der ägyptischen Bourgeoisie äußerte sich politisch in der Verbesserung der Beziehungen zu den westeuropäischen Staaten, den USA und den von ihnen abhängigen reaktionären arabischen Staaten wie Saudi-Arabien und Jordanien. Entsprechend stieg die Gesprächsbereitschaft der ägypt. Regierung gegenüber Israel, das sich jedoch gegenüber allen arabischen Versuchen, Verhandlungen vorzubereiten, ablehnend verhielt.

Die israelische Aggression und die Interessen der arabischen Bourgeoisie

Den amerikanischen und westeuropäischen Imperialisten eröffnete sich durch dieser Rechtsruck die Möglichkeit, von der Unterstützung Israels um jeden Preis abzugehen und engere Bande der Zusammenarbeit mit der ägyptischen und den anderen arabischen Bourgeoisien anzuknüpfen.
Ein erster deutlicher Schritt in dieser Richtung war der amerikanische Rogers-Plan von 1970, der von Ägypten akzeptiert, an der kompromißlosen Haltung der Israelis aber gescheitert ist. Im letzten Jahr machte die Annäherung zwischen den USA und den arabischen Staaten neuerlich große Fortschritte. Sadat wies die sowjetischen Militärberater aus, Syrien und Ägypten söhnten sich auf der arabischen Gipfelkonferenz am 12. September dieses Jahres in Kairo mit den jordanischen Reaktionären aus und Kissinger bereitete in intensiven Gesprächen mit den arabischen Außenministern eine neue amerikanische Nahost-Initiative vor.
Es ist klar, daß Israel nach wie vor der wichtigste Stützpunkt der USA-Imperialisten im Nahen Osten ist, seine uneingeschränkte und sicherste Domäne. Die USA haben jedoch in ihren Verhandlungen mit den Arabern zu verstehen gegeben, daß sie, um die Ausdehnung ihres Einflusses auf die arabischen Staaten und das Ziel einer "friedlichen Lösung" zu erreichen, die den "Brandherd" auslöscht und ihre Vormachtstellung zementiert, bereit wären, ein gewisses Verständnis für die Forderung der arabischen Bourgeoisie nach Rückgewinnung ihres staatlichen Territoriums von Israel aufzubringen. Man kann annehmen, daß die USA in diesen Gesprächen für eine "friedliche Lösung" eingetreten sind, die auf dem Rückzug der Israelis aus nicht unbeträchtlichen Teilen der 1967 okkupierten arabischen Territorien und der damit verbundenen gegenseitigen Anerkennung aller Staaten dieser Region basieren sollte. Ähnliche Vorstellungen haben auch die arabischen Regierungen, die eine völlige Befreiung ihres Staatsgebietes von der zionistischen Okkupation gar nicht mehr ernsthaft anstreben. Die enorme finanzielle Belastung durch den Zustand von "Weder Krieg, noch Frieden", die aus dem Kriegszustand resultierende Abhängigkeit von der Sowjetunion und ihren Waffenlieferungen und die ständige Mobilisierung der Volksmassen im eigenen Land, die immer stürmischer den revolutionären Volkskrieg gegen den zionistischen Aggressor fordern, behindern die ökonomische und politische Konsolidierung der Herrschaft der arabischen Bourgeoisien Ägyptens und Syriens. Eine "friedliche Lösung" kann für sie jedoch nur dann akzeptiert werden, wenn die Israelis sich aus relevanten Teilen der besetzten Gebiete zurückziehen. Die arabischen Regierungen streben ein Arrangement mit Israel an, durch das ihre eigene Existenz gesichert wird.
Die sich zusammenbrauende "Friedensregelung" durch die Annäherung zwischen Ägypten und Syrien einerseits, den USA andererseits, stößt auf den heftigen Widerstand der israelischen Zionisten, die nicht einen Fußbreit von den besetzten Gebieten zurückgeben wollen. Der Staat Israel will durch die seit 1967 sich wiederholenden

Überfälle auf die arabischen Völker erzwingen, daß seine Eroberungen aus dem Junikrieg, die Besetzung der syrischen Golanhöhen, des Westufers des Jordans und Jerusalems, des Gazastreifens und der Sinaihalbinsel mit ihrer arabischen Bevölkerung hingenommen werden. Die neuerliche Aggression gegen die arabischen Staaten am 6. Oktober liegt auf einer Linie mit diesen zahlreichen, kleinen und großen Aggressionsakten der Zionisten. Israel wollte dadurch die arabischen Staaten schwächen und unter Umständen noch weitere arabische Gebiete als Faustpfand für kommende Verhandlungen in seine Gewalt bringen. Es wollte verhindern, daß seine militärischen Eroberungen aus dem Jahre 1967 von den Amerikanern im Interesse der Ausdehnung ihres Einflusses auf die arabischen Staaten, diesen auf dem Verhandlungsweg "geopfert" werden.

Die massive israelische Aggression vom 6. Oktober war von den Zionisten seit langem vorbereitet worden. Am 13. September griffen israelische Flugzeuge überraschend vor der Hafenstadt Lattakia (mehr als 300 km nördlich der israelischen Grenze!) Einheiten der syrischen Luftstreitkräfte an und vernichteten dabei einen großen Teil der syrischen Luftwaffe. Darauf folgten große militärische Massierungen und geschäftige militärische Tätigkeit auf den Golanhöhen, in der Suezkanalzone und an der Südgrenze des Libanon, sowie die Mobilisierung der israelischen Reserveeinheiten. Die arabischen Staaten - von den israelischen Kriegsvorbereitungen informiert - trafen ihrerseits umfangreiche Verteidigungsmaßnahmen. Am erfolgreichen und entschlossenen Widerstand der arabischen Armeen und der palästinensischen Guerillas zerplatzte schon in den ersten Stunden der Mythos vom unbesiegbaren israelischen Herrenmenschen wie eine Seifenblase. Entgegen allen israelischen Erwartungen wendete sich die militärische Lage rasch zuungunsten Israels, die arabischen

Die Resolution Nr. 338 des Sicherheitsrates

vom 22. Oktober 1973

Die von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion eingebrachte Resolution für eine Feuereinstellung im Nahen Osten, die vom Sicherheitsrat gebilligt wurde, hat in der von Associated Press verbreiteten deutschen Übersetzung folgenden Wortlaut:

Der Sicherheitsrat

1. fordert alle an den augenblicklichen Kämpfen beteiligte Parteien auf, das Feuer und alle militärischen Aktivitäten sofort einzustellen, jedoch nicht später als zwölf Stunden nach dem Moment der Annahme dieser Entscheidung, in den Positionen, die sie jetzt halten,
2. fordert alle betroffenen Parteien auf, unverzüglich nach der Waffenruhe mit der Befolgung der Sicherheitsresolution 242 in allen ihren Teilen zu beginnen,
3. beschließt, daß unverzüglich und im Gleichlauf mit der Feuereinstellung Verhandlungen zwischen den betroffenen Parteien unter einer angemessenen Schirmherrschaft mit dem Ziel eines gerechten und dauerhaften Friedens im Nahen Osten beginnen.

Die Resolution Nr. 242 des Sicherheitsrates

vom 22. November 1967

Indem der Sicherheitsrat seiner andauernden Beunruhigung über die ernste Lage im Mittleren Osten Ausdruck gibt, indem er unterstreicht, daß es nicht angeht, Territorium durch Krieg zu erobern, und daß es nötig ist, für einen gerechten und dauernden Frieden zu wirken, der es jedem Staat der Region erlaubt, in Sicherheit zu leben, indem er ferner unterstreicht, daß alle Mitgliedstaaten durch die Annahme der Charta der Vereinten Nationen sich verpflichtet haben, gemäß Artikel 2 der Charta zu handeln,

1. bekräftigt (der Sicherheitsrat), daß die Einhaltung der Prinzipien der Charta die Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens im Mittleren Osten erfordert, welcher die Anwendung der beiden folgenden Prinzipien einschließen sollte: 1. Rückzug israelischer Streitkräfte aus Gebieten, die während des jüngsten Konflikts besetzt worden sind; 2. Einstellung jeglicher kriegerischer Erklärung oder jeglichen kriegerischen Zustandes sowie Respektierung und Anerkennung der Souveränität, der territorialen Integrität und der politischen Unabhängigkeit jeglichen Staates der Region und dessen Rechtes, in Frieden innerhalb sicherer und anerkannter Grenzen frei von Drohungen oder Gewaltakten zu leben.

2. Der Sicherheitsrat bekräftigt ferner die Notwendigkeit, a) die freie Schiffahrt auf internationalen Wasserstraßen in der Region zu garantieren. b) eine gerechte Regelung des Flüchtlingsproblems zu verwirklichen, c) die territoriale Unverletzlichkeit und politische Unabhängigkeit jedes Staates der Region durch Maßnahmen zu garantieren, welche die Schaffung entmilitarisierter Zonen einschließen.

3. Der Sicherheitsrat ersucht den Generalsekretär, einen Sondervertreter zu bestimmen, der sich nach dem Mittleren Osten begibt, um dort Kontakte mit den interessierten Staaten herzustellen und an den Bemühungen mitzuwirken, die auf eine friedliche Lösung in gegenseitigem Einvernehmen hinzielen gemäß den Bestimmungen und Grundsätzen der vorliegenden Resolution.

4. Der Sicherheitsrat ersucht den Generalsekretär, dem Sicherheitsrat so schnell wie möglich über den Fortschritt der Bemühungen des Sondervertreters zu berichten.

Im Rahmen der Bestimmungen dieser beiden Resolutionen versuchen die beiden Supermächte, jeweils ihre Vorstellungen von einer "friedlichen Lösung" durchzusetzen. Diese Resolutionen, die beide auf gemeinsame Initiativen der USA und der Sowjetunion im Sicherheitsrat zustandegekommen sind, fordern ausdrücklich die Anerkennung aller Staaten dieser Region, also auch des zionistischen Staates Israel. Die Souveränität und territoriale Integrität dieses militaristischen und chauvinistischen Staates anerkennen heißt aber, den Palästinensern die volle Wiederherstellung ihrer Rechte verweigern. Es gibt keinen Quadratmeter Boden in Israel, der nicht Palästinensern weggenommen wurde. Es gibt keine Stadt, kein Dorf in Israel, aus dem nicht Palästinenser vertrieben wurden. Israel anerkennen, heißt ein jahrzehntelanges Unrecht sanktionieren, heißt das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes mit Füßen treten. Jede "friedliche Lösung" auf Basis dieser beiden Resolutionen widerspricht zutiefst den Interessen des palästinensischen Volkes. Das palästinensische Volk wird sich mit der Waffe in der Hand gegen solche "Lösungen" zur Wehr setzen, es wird weiterkämpfen bis zu seinem vollen Sieg über Zionismus und Imperialismus und einen demokratischen Staat in Palästina errichten, in dem Juden und Araber in Frieden und Gleichberechtigung miteinander leben können.



ISRAELISCHE SOLDATEN BEIM ABTRANSPORT IHRER VERWUNDETEN.

In erbittertem Kampf gelang es den arabischen Soldaten, die Pläne des israelischen Agressors zu durchkreuzen. Die Ziele der arabischen Staaten in diesem Krieg decken sich nur teilweise mit den Interessen der arabischen Volksmassen uns insbesondere des palästinensischen Volkes an der Zerschlagung des Staates Israel. Aber jeder Schritt vorwärts in der Befreiung der besetzten Gebiete, in der Rückeroberung arabischen Territoriums schwächt die Positionen der Zionisten und kommt deshalb der Sache der arabischen Revolution zugute. Konsequente Unterstützung der arabischen Bourgeoisien, sofern sie den Kampf gegen Israel führen, schärfste Kritik an ihnen, sofern sie den Kampf durch Kompromisse auf Kosten der arabischen Völker behindern, das ist die einzige richtige Haltung, die man hier einnehmen kann.

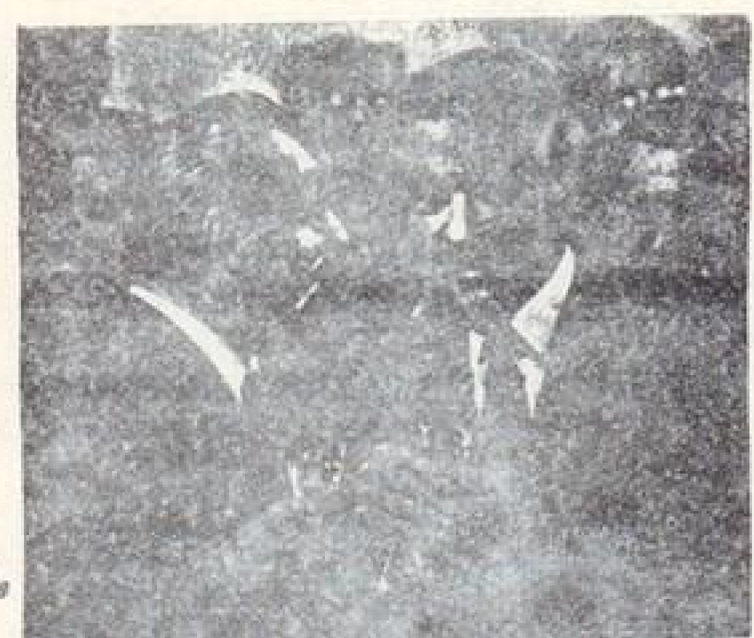
Staaten gingen in die Offensive und gaben die Losung "Rückeroberung der besetzten Gebiete!" aus. Das Ziel der arabischen Staaten, durch eine Teileroberung der Halbinsel Sinai und der Golanhöhen die Kräfteverhältnisse so zu verändern, daß sie ihre Vorstellungen von einer "friedlichen Lösung" bei den kommenden Verhandlungen in der UNO besser durchsetzen können, war plötzlich in greifbare Nähe gerückt.

Die beiden Supermächte und der Krieg

Diese neue Lage paßte keineswegs ins Konzept der beiden Supermächte. In ihren Interessen lag die weitere Aufrechterhaltung des Zustandes von "Weder Krieg noch Frieden", durch den sie am besten und ohne größeres Risiko um ihre Einflußsphären so lange feilschen konnten, bis sie sich zu einer gemeinsamen "friedlichen Lösung" auf Basis der gegenseitigen Garantie dieser Sphären hätten durchringen können. Sofort bei Ausbruch des Krieges ergingen aus Washington und Moskau Aufforderungen an die kriegführenden Staaten, ihre Kampfhandlungen unverzüglich einzustellen. Die Amerikaner fürchteten durch den Fortgang und die Ausdehnung des Krieges eine Verschlechterung ihrer Beziehungen zu den arabischen Staaten und insbesondere eine Schwächung des proamerikanischen Flügels der ägyptischen Bourgeoisie. Um Israel nicht in eine unter Umständen gefährliche Niederlage schlittern zu lassen, sahen sie sich gezwungen, den Zionisten Waffen zu liefern.
Auch die Sowjetunion sah sich zum unterstützenden Eingreifen veranlaßt. Die Weigerung der sowjetischen Sozialimperialisten, den arabischen Staaten neue Waffen zur Verfügung zu stellen, hätte für sie den Verlust jedes größeren und relevanten Einflusses in diesem Raum nach sich gezogen, und das in einer Situation, in der immer mehr Staaten der Dritten Welt ihr imperialistisches Wesen zu durchschauen beginnen. So prangerte auf der letzten Konferenz der blockfreien Staaten in Algier u.a. auch mehrere arabische Delegierte (z.B. der algerische Ministerpräsident Hoari Boumedienne) die imperialistischen Manöver ihrer "falschen Freunde" vor der Weltöffentlichkeit an.
Die sowjetische "Hilfe" für die arabischen Staaten dient ihren ökonomischen, politischen und strategischen Interessen und ist verbunden mit Forderungen nach der Errichtung von Militär- und Flottenstützpunkten, mit der Ausbeutung ihrer Ressourcen und mit der Vergabe von Krediten zu hohen Zinsen. Die Sowjetunion ist heute immer noch Ägyptens größter Handelspartner, obwohl der Handel der ägyptischen Bourgeoisie mit den westeuropäischen Staaten und den USA in den letzten Jahren beträchtlich zugenommen hat. Von einem Gesamtexport von ca. 530 Millionen ägyptischer Pfunde gingen beispielsweise 1969 über 107 Millionen in die Sowjetunion, die der Hauptabnehmer von Baumwolle, der wichtigsten ägyptischen Exportware ist. Dafür, daß die Sozialimperialisten die billige Baumwolle kaufen, "dürfen" die Ägypter sowjetische Waren zu einem Preis abnehmen, der wesentlich höher ist als der, den die Sowjets etwa von der BRD oder der DDR verlangen. Für eine Tonne sowjetischen Gußeisens zahlt die Bundesrepublik 40, die DDR 42, Ägypten aber 68 Rubel. Ist es da verwunderlich, daß sich die ägyptische Bourgeoisie aus der einseitigen Abhängigkeit von der Sowjetunion lösen und auch mit anderen Imperialisten ins Geschäft kommen möchte?
Die Sozialimperialisten sind keineswegs bereit, ihre arabischen Einflußgebiete kampflos den amerikanischen und west-

europäischen Imperialisten zu überlassen. Der Kampf der beiden Supermächte um den Einfluß im Nahen Osten geht weiter und wird so schnell nicht zur Ruhe kommen. Überhaupt sind "friedliche Lösungen" der Imperialisten, in denen sie sich gegenseitig Einflußsphären garantieren, nichts Endgültiges, sondern ändern sich ständig mit jeder kleinsten Verschiebung des Kräfteverhältnisses. Genosse Tschu En-lai charakterisierte die Politik der beiden Supermächte am X. Parteitag der KPCh völlig richtig, als er sagte:" Ihr Ziel ist die Errichtung der Weltherrschaft. Einerseits rivalisieren sie miteinander, andererseits machen sie gemeinsame Sache, Sie machen gemeinsame Sache, um dann in noch stärkerem Maße miteinander zu rivalisieren. Die Rivalität ist absolut und langandauernd, während die Kollaboration relativ und vorübergehend ist."

Für beide Supermächte barg der Nahost-Krieg die Gefahr in sich, daß ihnen das Heft aus der Hand gleitet. Weder die USA, noch die Sowjetunion haben heute ein Interesse an einer direkten militärischen und politischen Konfrontation im Nahen Osten. Durch die Weiterführung des Krieges hätte sich die Gefahr einer solchen Konfrontation beträchtlich erhöht, ein Risiko, das sie wegen der weltweiten Regelung ihrer beiderseitigen Interessen nicht einzugehen bereit sind. Ihrem Wettstreit kam die gespannte Situation von "Weder Krieg, noch Frieden" entgegen, die beide seit dem Sechstagekrieg aufrecht zu erhalten bemüht waren und die sich mit dem Waffenstillstand wieder einzupendeln scheint.
Es ist zur Zeit noch nicht klar einschätzbar, welcher Art die angekündigten Waffenstillstandsregelungen sein werden, ob, wie und mit welchem Ergebnis Verhandlungen zwischen Israel und den arabischen Staaten geführt werden. Nicht zu erwarten ist jedenfalls der unverzügliche Abzug der israelischen Zionisten aus den 1967 besetzten Gebieten. Zwar hat Israel militärisch schwere Schläge einstecken müssen und die arabischen Staaten konnten die Lage im Ganzen gesehen etwas zu ihren Gunsten verändern, diese Verbesserungen ändern jedoch nichts an der nach wie vor vorhandenen äußerst starken Position Israels. Es wäre eine Illusion zu glauben, daß man den Zionisten auf dem Verhandlungsweg etwas abtrotzen könnte, was sie militärisch zu halten in der Lage sind. Ein wesentlich stärkerer Druck der USA-Imperialisten auf Israel als bisher ist gleichfalls kaum zu erwarten.



SIE STOSSEN MITEINANDER AN UND HOFFEN, DIE VÖLKER WEITER UNTERDRÜCKEN ZU KÖNNEN.

Zu der neuen UNO-Resolution wird sich Israel voraussichtlich ebenso verhalten, wie zu allen bisherigen: es wird sie faktisch ignorieren. Die Israelis haben nach dem Inkrafttreten des Waffenstillstandes am 22. Oktober nicht aufgehört, ihren neuen Brükkenkopf westlich des Suezkanales auszubauen und die arabischen Stellungen weiter anzugreifen. Die ägyptische Stadt Suez wurde von ihnen mehrmals bombardiert. Der israelische General Bar Lev hatte sogar die Frechheit, nach vier Tagen offiziellen Waffenstillstandes in einer Sendung des israelischen Fernsehens dem gefangengenommenen kommandierenden General einer östlich des Suezkanales eingekesselten ägyptischen Armeeeinheit, Ismail Hatem "freien Abzug für seine Soldaten" zuzusichern, widrigenfalls die ägyptischen Abteilungen vernichtet würden.

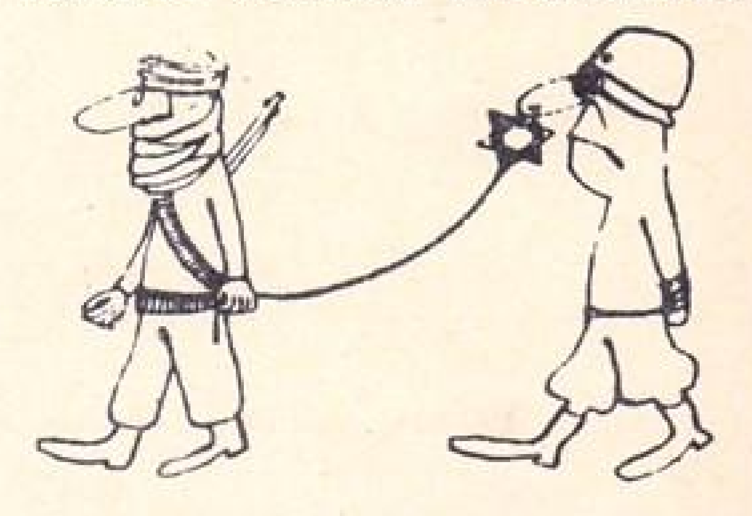
Die Massen treten auf den Plan

Die arabischen Bourgeoisien sind in dem Krieg ihren Zielen insgesamt etwas näher gekommen. Nicht abzusehen ist jedoch, welche Auswirkungen die neue Lage innenpolitisch für Ägypten und Syrien haben wird. Sadat steht heute zugleich stärker und schwächer da als Nasser nach seiner Niederlage im Sechstagekrieg. Stärker, weil die Ägypter unter seiner Führung der israelischen Aggression erfolgreich Widerstand geleistet haben und Teilerfolge im großen Krieg um die Rückgewinnung der besetzten Gebiete erzielen konnten. Schwächer zugleich, weil er sich - anders als Nasser - trotz der günstigen Situation zu einem für die arabischen Völker schmählichen Waffenstillstand bereit erklärt hat, der von den Massen entschieden verurteilt wird. Nasser wurde nach dem Sechstagekrieg von den Massen selbst wieder in seinem Amt bestätigt, die in Millionen auf den Straßen aller Städte Ägyptens unter den Losungen "Kein Imperialismus mehr!" und "Gamal ist unser Führer" demonstrierten und dadurch einen sich zusammenbrauenden Putsch reaktionärer Offiziere, von Marionetten der Feudalen und der Imperialisten, im Keim erstickten. Die Massen haben Nasser unterstützt, sofern er bereit und willens war, den Kampf gegen den Zionismus fortzusetzen, der zutiefst im Interesse der arabischen Volksmassen liegt. Sie haben sich später von Nasser abgewendet, als ersichtlich wurde, daß er gemeinsam mit den USA-Imperialisten den reaktionären Rogers-Plan lancierte.
Sadat, der sich der Unterstützung der Massen sicher sein konnte, solange und insoweit er gegen Israel kämpfte, weiß, daß seine Kapitulation vor dem Zionismus und seine weitere Annäherung an die westeuropäischen und amerikanischen Imperialisten, auf ihren heftigen Widerstand stoßen wird. Die ägyptischen Arbeiter und Studenten haben in harten und ausgedehnten Kämpfen in den vergangenen zwei Jahren immer wieder entschlossen die Volks-

bewaffnung, die Umstellung der ägyptischen Wirtschaft auf den Krieg gegen Israel und die umfassende Vorbereitung des revolutionären Volkskrieges gefordert. Ihr Widerstand gegen die Kapitulation der Bourgeoisie steigt und erfaßt zunehmend alle nationalen Klassen und Schichten der ägyptischen Gesellschaft.
Noch gibt es in Ägypten keine Kommunistische Partei, die die Kämpfe des Volkes vereinheitlichen kann und den Zielen der Arbeiter, Bauern und fortschrittlichen Intellektuellen politisch selbständigen Ausdruck verleiht. Dadurch wird es den verschiedenen Fraktionen der ägyptischen Bourgeoisie erleichtert, die berechtigten Forderungen der Massen und ihre kämpferische Entschlossenheit für ihren eigennützigen Ziele einzuspannen. Aber die fortschrittlichen und revolutionären Organisationen im ägyptischen Volk festigen sich und wachsen in der Führung der Kämpfe, aus ihnen entsteht die künftige Avantgarde der Volksmassen, die dazu berufen ist, den nationalen und sozialen Befreiungskampf des ägyptischen Volkes siegreich anzuleiten.
In Syrien, wo es bereits während des Krieges zu Auseinandersetzungen zwischen fortschrittlichen und reaktionären Kräften in der Führungsspitze von Armee und Partei gekommen ist, werden sich die Fronten ebenfalls weiter verhärten. Syrien steht - im Gegensatz zu Ägypten nach dem Krieg schlechter da als vorher. Die Israelis konnten im Verlauf des Krieges die Golanhöhen erneut besetzen und ein weiteres Stück syrischen Territoriums erobern. Die syrischen Ölhäfen Tartous und Lattakia, mit ihren Raffinerien und Landungsbrücken für die Tankschiffe, wurden durch israelische Luftangriffe zu einem großen Teil zerstört, Homs und Damaskus bombardiert. Assad hat es ebenfalls schwer zu erklären, warum er einem Waffenstillstand zugestimmt und nicht mit allen Kräften bis zur Befreiung syrischen Territoriums weitergekämpft hat. Der Beschluß Assads wurde gegen den Willen relevanter Teile der Armee und der Baath-Partei gefaßt, die genau wissen, daß die Israelis zuallerletzt bereit sein werden, die strategisch äußerst wichtigen Golanhöhen wieder freizugeben. Die amerikanischen Imperialisten versuchen seit langem schon das syrische Baath-Regime, das sich ihnen gegenüber wesentlich widerspenstiger zeigt als die Sadat-Regierung, zu unterminieren, um es schließlich stürzen zu können. Zwar hat Assad den Rechtsruck Ägyptens - besonders in der Frage der Aussöhnung mit Jordanien - teilweise mitgemacht von einer Dominanz eines proamerikanischen Flügels in der syrischen Bourgeoisie kann jedoch keine Rede sein. Die Verschärfung der Widersprüche in Syrien könnte von den USA-Imperialisten dazu ausgenützt werden, einen Putsch anzuzetteln, um die Baath-Regierung durch eine reaktionäre Marionettenregierung zu ersetzen. Eine solche Marionettenregierung würde jedoch in Syrien auf den heftigen Widerstand der Volksmassen und der in der Armee und in der Baath-Partei noch sehr starken fortschrittlichen und antiimperialistischen Kräfte stoßen und sich vermutlich nicht lange halten können.

Das palästinensische Volk wird siegen

Die fortschrittlichen und revolutionären Kräfte in den arabischen Staaten sind die engsten und treuesten Verbündeten des palästinensischen Volkes. Das palästinensische Volk und seine einzige legitime politische und militärische Vertretung, die Widerstandsbewegung, weiß, daß jede "friedliche Lösung", die die Anerkennung des zionistischen Staates Israel einschließt, nichts anderes ist als die Bekräftigung und Sanktionierung des Unrechts und der Unterdrückung, die die Palästinenser seit Jahrzehnten erleiden. Volle Wiederherstellung der Rechte der Palästinenser, das kann nur heißen: Rückkehr in ihre Heimat, Beseitigung des militaristischen und chauvinistischen Regimes der Zionisten, Errichtung eines demokratischen Staates in Palästina, in dem Araber und Juden frei von nationaler und sozialer Unterdrückung miteinander leben können. Die palästinensische Widerstandsbewegung hat deshalb die Resolution 338 des Sicherheitsrates ebenso wie die Resolution 242 entschieden und eindeutig abgelehnt.
Die palästinensischen Kommandos haben ihre Kampftätigkeit nicht eingestellt. Obwohl sie zur Zeit militärisch noch kein entscheidender Faktor sind, haben die Guerillas in den besetzten Gebieten und an den israelischen Grenzen zu Syrien und dem Libanon dem zionistischen Feind große Schwierigkeiten bereitet und es dadurch auch den arabischen Armeen erleichtert, den Aggressoren erfolgreich Widerstand zu leisten. Die Zionisten



legen daher großen Wert auf die Formulierung "an alle an den augenblicklichen Kämpfen beteiligten Parteien" im Waffenstillstandsappell des Sicherheitsrates, weil darunter auch die palästinensischen Fedayin verstanden werden können.
Die Fedayin lassen sich jedoch von den konterrevolutionären Manövern der Zionisten, der beiden Supermächte und der kapitulierenden arabischen Regierungen keineswegs einschüchtern. Das ZK der PLO (der Dachorganisation aller Widerstandsorganisationen) hat erneut bekräftigt, was es schon 1970 aus Anlaß des Rogers-Planes feststellte: "Die Durchsetzung der Resolution des Sicherheitsrates ... bedeutet, das Recht des arabischen Volkes von Palästina, in seiner palästinensischen Heimat zu leben, endgültig aufzugeben... Was einen Waffenstillstand anbelangt, bedeutet dies das Verbot der Aktionen von Stoßbrigaden, was zu Konflikten mit der Widerstandsbewegung Palästinas führen wird... Das Zen-

tralkomitee erklärt ferner, keine arabische oder ausländische Seite hat das Recht, die Existenz des palästinensischen Volkes zu negieren, seine Heimat den Zionisten und Imperialisten abzutreten, zur vollständigen und endgültigen Vernichtung des palästinensischen Volkes und seiner Heimat. Das palästinensische Volk, das mit Waffen seine Heimat befreien, in die Heimat zurückkehren und sein Selbstbestimmungsrecht ausüben wird, wird nie die Waffen aus der Hand geben. Es wird den bewaffneten Kampf weiter fortsetzen und nie das Feuer einstellen, bis es die volle Befreiung erlangt hat."
Dieser Beschluß des ZK der PLO vom Juli 1970 faßt klar und unmißverständlich das Ziel des palästinensischen Befreiungskampfes und den Weg dorthin zusammen. Die Widerstandsbewegung ist seither keinen Fußbreit davon abgegangen, im Gegenteil hat sich ihre Haltung gefestigt und bestimmt noch stärker jeden Schritt vorwärts in der Organisierung der Massen zum Kampf. Die bürgerlichen Elemente in der Widerstandsbewegung, die Kapitulanten und terroristischen Abenteurer, verlieren von Tag zu Tag an Einfluß auf die Massen. Die Linie der Demokratischen Volksfront für die Befreiung Palästinas(FPDLP), der kommunistischen Organisation in der PLO, setzt sich immer stärker durch. Und das ist kein Zufall: ihr Programm des Aufbaues einer nationalen Einheitsfront des palästinensischen und jordanischen Volkes gegen Zionismus, Imperialismus und arabische Reaktion bestimmt am klarsten die nächsten Aufgaben bei der Weiterführung des Befreiungskampfes und entspricht voll und ganz den historischen Notwendigkeiten der palästinensischen Revolution.
Die volle Durchsetzung des Programmes des palästinensisch-jordanischen nationalen Einheitsfront gegen die bürgerliche Linie in der Führung des nationalen Krieges ist ein großer Schritt vorwärts in der Sache der arabischen Völker. Nur im gemeinsamen, selbständig geführten und auf die eigenen Kräfte gestützten Kampf werden die arabischen Völker ihr Ziel erreichen und das zionistisch-imperialistische Gewaltsystem über dem Nahen Osten zerschlagen können. Weder den beiden Supermächten, noch den verräterischen arabischen Bourgeoisien wird es gelingen, die Völker davon abzuhalten, diesen Weg zu gehen. Die Pläne der Reaktionäre lassen sich nicht verwirklichen, wenn die Völker auf den Plan treten.
Der Schlüssel zum Sieg liegt in der Hand der arabischen Völker!



Numerus clausus

Fortsetzung von Seite 1

Diese erschwerten Bedingungen haben gemeinsame Ursachen. Sie stehen in Zusammenhang mit dem Interesse der Bourgeoisie und ihres Staates an der Minimierung der Kosten für die Ausbildung und an der Durchsetzung der Hochschulreform.

Im Numerus Clausus kommt das Interesse der Kapitalisten an Rationalisierung des Ausbildungsbereichs und ideologischer Unterwerfung der Auszubildenden am deutlichsten zum Ausdruck.
Während in anderen Ländern, wie den USA, Großbrittani
den USA, Großbritannien, Schweden, der BRD ein offener Numerus clausus eingeführt ist, wird in Österreich durch indirekte und verschleierte Formen des Numerus clausus das Interesse, die Kosten für die Ausbildung niedrig zu halten und dabei höhere Effizienz der Ausbildung zu erreichen durchgesetzt - in Zusammenhang mit der Einführung von Dipl omordnungen, Studienordnungen. Gerade die Erfahrungen aus der BRD lassen solche Formen als günstiger erscheinen, um zu verhindern, daß sich ein gemeinsamer Widerstand gegen die Durchsetzung des offenen Numerus clausus entfaltet.

Der realtaiv zur BRD geringe Prozentsatz an AHS - Absolventen macht einen offenen Numerus clausus für den Zugang zu den österreichischen Hochschulen auch nicht notwendig.
Einerseits brauchen die Kapitalisten eine bestimmte Anzahl von höchstqualifizierten Arbeitskräften, die sie nicht von heute auf morgen heranbilden können. Andererseits gerät ihre Ausbildungspolitik, die darauf abzielt diesem Bedürfnis entgegenzukommen immer wieder in Gegensatz zu dem aktuellen Bedarf des Arbeitsmarktes und verdeutlicht somit die Unvereinbarkeit langfristiger gesellschaftlicher Planung mit der Anarchie der kapitalistischen Produktionsweise.

Am Numerus clausus - in welcher Form immer er durchgeführt wird - wird eines deutlich: die Ausbildung steht im Dienste des Kapitals.

Dies läßt sich klar an der Beschränkung des freien Zugangs zum Medizinstudium zeigen: Hauptursache dafür ist, daß die Ausbildungskosten für Mediziner besonders hoch sind. Deshalb ist auch

in allen Ländern das Medizinstudium dasjenige, das zuallererst von einem offenen Numerus clausus betroffen wird. Um mehr Mediziner auszubilden, wären kostspielige Investitionen notwendig. Um diese Kosten zu sparen, wird zwar schon unter Maturanten heftig Propaganda gegen das Medizinstudium gemacht, es fangen aber doch zu viele anund müssen daher gleich am Anfang hinausgesäubert werden.



Das Kapital hat kein Interesse an einer Erhöhung der Ausgaben für die Ausbildung von Medizinern, ebenso wie es auch kein Interesse an einer Erhöhung der Ausgaben des Staates für die medizinische Betreuung der Bevölkerung hat. Zuviele Ärzte gibt es nur in den Innenbezirken Wiens - für die Bourgeoisie, während in den Siedlungen am Rande Wiens auf eine Arzt 5 000 Patienten kommen. Es ist eine Lüge der Bourgeoisie, daß es für die österreichische Bevölkerung genung oder zuviele Ärzte gibt.
Die Ausbildung und Anstellung von mehr Medizinern liegt durchaus im Interesse der österreichischen Bevölkerung, käme jedoch den Kapitalisten zu teuer. Der Numerus clausus ist also kein isoliertes Phänomen der Bildungspolitik, er ist ein notwendiges Mittel der Bourgeoisie, ihren Bedarf an höchstqualifizierten Arbeitskräften durch gewaltsame Beschränkungen in der Ausbildung durchzusetzen.

Er kann unter kapitalistischen Verhältnissen nicht aufgehoben werden. Daher kann die Forderung nach Abschaffung des Numerus clausus insgesamt nicht Ziel eines konkreten Teilkampfes sein, sondern nur im Zusammenhang mit der Perspektive der Kämpfe - dem Sozialismus - gestellt werden. Alles andere liefe auf die Verbreitung reformistischer Illusionen über die Herstellbarkeit der Chancengleichheit im Kapitalismus hinaus.
Obwohl der Numerus clausus im Kapitalismus insgesamt nicht beseitigt werden kann, heißt das nicht, daß wir alle seine Auswirkungen widerstandslos hinnehmen müssen. Wir müssen den Kampf dort aufnehmen, wo uns die Auswirkungen des Numerus clausus unmittelbar treffen. Das ist an den einzelnen Fakultäten und Instituten der Fall. Dort erscheinen sie oft als Willkürmaßnahmen einzelner Professoren, und der Zusammenhang mit den Ursachen dieser Maßnahmen ist oft verschleiert.
Gerade durch diese Verschleierung gelingt es leichter, die "notwendige Auslese" als subjektives Versagen erscheinen zu lassen, das die Ursache in den dem Studium immanenten Schwierigkeiten und der Dummheit der Studenten hat und die Erkenntnis der objektiven Interessen der Bourgeoisie an einer quantitativen und qualitativen Auslese zu verhindern.
Der Numerus clausus trägt in die Studenten die Spaltung: jeder soll im anderen den Konkurrenten sehen, der gemeinsame Kampf gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen, die alle betrifft, soll verhindert werden. Aber durch individuelle Mehrleistung kann man sich den Gesetzen des Kapitalismus nicht entziehen.

Der Numerus clausus hat aber auch immer den Zweck der verstärkten ideologischen Bindung der Ausgebildeten an die Bourgeoisie. Durch den verschärften Prüfungsdruck, der über die Diplomordnungen, Studienordnungen "didaktischen Experimente" durchgesetzt wird, wird die Möglichkeit der Auseinandersetzung mit den Inhalten immer mehr eingeschränkt. Die Studenten sollen sich in ihrer ganzen Ausbildung mit der herrschenden Wissenschaft identifizer senschaft identifizieren und nicht fragen, wozu diese dient.

Gedanken über die Anwendung der Wissennschaft und die spätere Funktion im Beruf sollen gar nicht erst auftauchen.

So sieht die neue Studienordnung für Mediziner bis zum dritten Studienabschnitt nur theoretische Fächer vor, so werden Naturwissenschaftler vor allem in technischen Fertigkeiten ausgebildet. Die Hauptursache ist, daß eine solche Ausbildung billiger kommt, und Funktionsträger herangebildet werden, die durch jahrelanges Büffeln von Grundwissen keine Zeit gehabt haben, zu überlegen, in wessen Dienst sie zu Ärzten, Lehrern Technikern ausgebildet und eingesetzt werden sollen.

Neue Ausleseverfahren

Da kein offener Numerus clausus eingeführt wird, die Drop outs jedoch möglichst wenig kosten sollen, kommt es darauf an, vor allem in den ersten Studienjahren Ausleseverfahren wirksam zu machen, um den Ausbildungsbetrieb an den einzelnen Instituten ohne größere Neuinvestitionen aufrecht zu erhalten.
Gerade die Einführung dieser Ausleseverfahren zu Beginn des Studiums trifft die Studenten besonders hart, gerade über sie entsteht Empörung und macht diese Maßnahmen zu Ansatzpunkten von Widerstand.
In vielen Einführungsvorlesungen werden solche Formen der Prüfung angewandt, die das Leistungslimit nach der Anzahl der hinauszusäubernden Studenten festlegen. So war bei der Einführung der Computerprüfung als Aufnahmsprüfung in den ersten Sezierkurs bei den Medizinern im WS 72/73 nicht die absolute Zahl der richtigen

Antworten entscheidend, sondern entscheidend war, daß diese Form der Fragebogenprüfung es möglich machte, das Limit so festzulegen, daß möglichst genausoviele Studenten durchkamen wie Sezierplätze vorhanden waren. Es stand von vornherein fest, daß ca 12o der 480 Kandidaten durchfallen würden. Bei den Naturwissenschaftlern macht es ein Punktesystem zur Beurteilung der Prüfungen über die Einführungsvorlesung ebenfalls möglich, vorher den Prozentsatz der Hinauszusäubernden (50%) festzulegen,

Die Studenten, die von diesen verschärften Ausleseverfahren betroffen werden, führen diese oft auf ihre eigeen Unfähigkeit die Schwierigkeiten der Wissenschaft zurück und geben das Studium oft nach einigen negativen Ergebnissen auf und ziehen sich individuell zurück. Es muß daher klargemacht werden, daß diese Verschärfungen ausschließlich dem Kapital dienen. Wir müssen ein gemeinsames Vorgehen gegen diese Maßnahmen anstreben. Ein Mittel dafür ist etwa die Durchsetzung der Forderung nach Offenlegung der Prüfungskriterien.

Didaktische Experimente im Dienste des Numerus clausus

Im SS73 wurden an einigen Instituten "didaktische Experimente" durchgeführt. Sie sind im allgemeinen wirksame Instrumente zur Durchsetzung der Ziele der Hochschulreform und dienen im Besonderen aber auch zur Studienbeschränkung.

Am pädagogischen Institut wurde im SS73 im Proseminar bei Professor Heitger das Proseminar "neuen Typs" eingeführt, das sich durch seinen immanenten Prüfungscharakter auszeichnete. Der ständige Prüfungsdruck bezweckt neben verschärfter Auslese auch, jede Auseinandersetzung mit dem Inhalt der Wissenschaft zu verhindern. Das Experiment hat sich bewährt: von ca 12o Studenten sind 3o übriggeblieben. Der Bedarf an Pädagogen ist relativ gering.

Aufgabe der fertigen Pädagogen wird es gerade sein, als Didaktiker Methoden und Modelle auszutüfteln, die die inhaltliche und organisatorische Formierung der Ausbildung in allen Bereichen im Interesse des Kapitals ermöglichen, von daher ist der ideologische Druck, die Unterwerfung unter die herrschende Wissenschaft notwendig, um Ideologen und Handlanger des Kapitals heranzuziehen.

Ein ähnliches Experiment wurde im Anfängerpraktikum in Physik durchgeführt: Anstelle des alten Teilprüfungssystems wurde die "Prüfung am Beispiel" eingeführt (d.h. beim Rechnen und Abgeben jedes Beispiels wird geprüft). Die Studenten, die diese Maßnahme klar als Verschärfung erkannten (hatten sie doch im WS das Praktikum in alter Form gemacht) setzten sich zur Wehr. Sie forderten in einer Hörerversammlung in Form einer Resolution die Abschaffung der immanenten Prüfung. Es gelang jedoch Prof. Lintner und den Assistenten durch Spaltung und Hinauszögerungstaktik eine Durchsetzung dieser Forderung zu verhindern. Nachdem schon ein Teil der Studenten hinausgesäubert worden war oder aufge-
hindern. Nachdem schon ein Teil der Studenten hinausgesäubert worden war oder aufge-
geben hatte, wurden die Prüfungen in leichter Form durchgeführt, sodaß den im Praktikum verbliebenen die Notwendigkeit der Durchsetzung der Forderung nicht mehr einsichtig war. Heuer wird im Praktikum weiter "experimentiert", zusätzlich zur Prüfung am Beispiel wurden die Teilprüfungen wieder eingeführt, und die Zahl der Beispiele erhöht. Die Prüfungen werden vorläufig nicht scharf gehandhabt. Doch diese Form bietet die Möglichkeit, wann immer es notwendig scheint, scharf durchzugreifen. Die Physikstudenten organisieren sich jetzt bereits in Praktikumsversammlungen, wo sie die Studienbedingungen besprechen, um so ein gemeinsames Vorgehen vorzubereiten.

Wie man sieht, laufen auch die verschiedenen Formen auf das selbe Ziel hinaus, dem auch die Hochschulreform folgt, nämlich auf die inhaltliche und organisatorische Formierung der Ausbildung im Dienste des Kapitals. Wir müssen an den Instituten und in den Lehrveranstaltungen,wo uns die Auswirkungen des Numerus clausus treffen, zu kämpfen beginnen: gegen die Beschränkung des freien Zugangs zu Lehrveranstaltungen, gegen die Beschränkung der Möglichkeit zu Auseinandersetzung mit Inhalt, Form und Ziel der Ausbildung.

NETZKARTENKAMPAGNE

Vor zwei Jahren hat die SP-Regierung Freifahrten für Schüler und Studenten zu den Studienplätzen eingeführt. Die Regelung für Wien gab den Studenten die Möglichkeit Netzfreikarten zu bekommen. Von dieser Möglichkeit machten durch geschickte INSKRIPTION ALLERDINGS WESENTlich mehr Studenten Gebrauch als vorgesehen. Jetzt wurde diese Regelung vom Finanzminister außer Kraft gesetzt, weil sich eine Überlastung des Familienlastenausgleichsfonds, aus dem die Kosten dafür bestritten wurden, ergab.

Gegen die Einstellung der Gratisnetzkarten initiierte die ÖH eine Unterschriftenaktion und am 4.10. eine Demonstration. An ihr beteiligten sich außer den in der ÖH vertretenen Gruppen ÖSU, RFS und VSStö auch noch der KSV und der VMS. Circa 1000 Studenten zogen von der Universität und der Technik zum Finanzministerium. In den folgenden Verhandlungen wurde ein Kompromiß erzielt, der folgendes beinhaltet: Es müssen nicht, wie vorgesehen 150.-S für eine Netzkarte bezahlt werden. Dafür werden jedoch nur mehr die Pflicht-, Wahl- und die im Studienplan oder von der Studienkommission empfohlenen Freifächer als Grundlage für den Erhalt einer Netzfreikarte herangezogen. Der Erhalt von Netzfreikarten ist also nur mehr im Zusammenhang mit dem Studium möglich. Die ÖSU, der RFS und die anderen beteiligten Gruppen führten den Kampf für die Erhaltung der Netzfreikarten unter der Flagge des Kampfes gegen die "unerträgliche Verschlechterung der sozialen Lage der Studenten", als "Sozialprotest" der "Stiefkinder des Wohlfahrtsstaats"(ÖH), des "schwächsten Glieds der sozialen Kette"(RFS).

Studenten - Stiefkinder des Wohlfahrtstaates?

Natürlich trifft die kapitalistische Preistreiberei, der unverschämte Mietwucher, die Erhöhung der öffentlichen Abgaben und Tarife auch die Studenten. Um 25% sind ihre durchschnittlichen Lebenshaltungskosten im letzten Jahr gestiegen; die Mensapreise um 20%, die Heim- und Zimmerpreise sogar um 40%. Aber die Preistreiberei trifft nicht alle Studenten gleich, sie trifft nicht die Studenten als Studenten.

Bei einem großen Teil von ihnen - bei den Kindern von Unternehmern, Großgrund- und Hausbesizzern, von leitenden Angestellten und anderen Großverdienern wie Privatärzten, Rechtsanwälten usw. - wird das ausgeglichen durch das ständig steigende Einkommen ihrer Eltern, die ihren Teil aus der Auspressung und Ausplünderung der Werktätigen abbekommen. Wirklich belastend wirken sich diese Verschlechterungen auf jene Studenten aus, deren Eltern unter den ökonomischen Angriffen der Kapitalisten und ihres Staates zu leiden haben. Diese Angriffe treffen vor allem die Arbeiterklasse, aber auch die kleinen Angestellten und Beamten usw. Lohnraub durch die Teuerung, Steigerung der Arbeitshetze, Überstundenschinderei, zu der die immer weniger ausreichenden Löhne zwingen, - von allen Seiten her nehmen die Kapitalisten ihre Lebens- und Arbeitsbedingungen unter Beschuß. Dazu kommt noch der Staat, der für die Kapitalisten einen ständig steigenden Teil des Lohns über Lohnsteuern und Massenkonsumsteuern aus der werktätigen Bevölkerung herauspreßt.

Die Klassenspaltung der Gesellschaft läuft quer durch die Studentenschaft

Die Studenten werden von dieser Verschlechterung der Lebensbedingungen des Volkes nicht gleichermaßen betroffen, sie sind eben sozial nicht einheitlich. Sie stellen eine Durchgangsschicht aus der jeweiligen sozialen Klasse und Schicht ihrer Eltern in die jeweilige Schicht ihres künftigen Berufes dar.

Oberflächlich überlagert und verschleiert wird diese Tatsache durch die allen Studenten gemeinsame Ausbildungssituation. Dieser Umstand aber macht sie noch lange nicht sozial einheitlich, verleiht ihnen noch keine einheitlichen materiellen Interessen. Vielmehr zieht sich die Spaltung der Gesellschaft in die beiden Hauptklassen, die Bourgeoisie und die Arbeiterklasse und die dazwischenstehenden Mittelklassen auch durch die Studentenschaft hindurch. Ihre politische Gruppierung entspricht (freilich nicht im Sinn einer direkten Proportionalität) der politischen Gruppierung der gesamten Gesellschaft, die ihre letzten Ursachen wiederum in der Teilung der Gesellschaft in Klassen hat. Die Studentenschaft ist "der am feinsten reagierende Teil der Intelligenz, die Intelligenz aber heißt gerade darum Intelligenz, weil sie die Entwicklung der Klasseninteressen und der politischen Gruppierungen in der ganzen Gesellschaft am bewußtesten, am entschiedensten und am genauesten widerspiegelt und zum Ausdruck bringt. (Lenin, Die Aufgaben der revolutionären Jugend).

Die zunehmenden Angriffe der Bourgeoisie auf das Lebensniveau der Arbeiterklasse und des Volkes lassen nach einer Periode der relativen Ruhe die Klassenfronten wieder offen zutage treten. Je mehr die Widersprüche sich zuspitzen, je entschlossener die Arbeiterklasse beginnen wird, wieder eine selbständige Klassenpolitik aufzunehmen, desto klarer wird auch für die Studenten die Alternative: Entweder der notwendigen historischen Tendenz der sozialen Deklassierung der Intelligenz einen letztlich illusorischen und reaktionären Kampf um die Erhaltung von Privilegien entgegenzusetzen oder sich der Arbeiterklasse, die in ihrem Be-

freiungskampf zugleich alle Teile des Volks von Ausbeutung und Unterdrückung befreit, politisch unterzuordnen und an ihrer Seite den Kampf für eine Ausbildung im Dienste des Volkes zu führen, deren Voraussetzung die Errichtung der Volksmacht,die Diktatur des Proletariats ist.

Obwohl sich die österreichische Arbeiterklasse heute noch nicht wieder ihre Partei geschaffen hat,die den politischen Kampf in allen Bereichen der Gesellschaft anleitet,zeichnet sich doch unter den Studenten bereits eine Polarisierung ab: Insolche, die den Ausgleich mit dem bürgerlichen Staat suchen und jeden Kampf gegen die Maßnahmen des Staates mit einer ständischen Orientierung führen und damit zum Spielball der Bourgeoisie werden und solche,die in diesen Maßnahmen ,vor allem der Hochschulreform immer deutlicher den volksfeindlichen Charakter der ganzen kapitalistischen Ausbeutung erkennen und dagegen den Kampf aufnehmen.

Die ständische Stoßrichtung der Netzkartenkampagne führt den Kampf der Studenten in eine Sackgasse.
Diese Polarisierung wird bei jeder konkreten politische Aktion deutlicher.Die von der ÖSU im Namen der ÖH getragene Netzkartenkampagne war ihrer ganzen Anlage nach ständisch borniert und auf die Erhaltung eines Privilegs gerichtet.
Die ÖH hat den Unmut breiter Teile der Studenten über die Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen aufgegriffen und sofort den Zusammenhang zur Verschlechterung der Lage des übrigen Volks verschleiert und negiert; sie hat sofort den allgemein-politischen Boden dieses Kinflikts verlassen und ihn auf dem Terrain der rein Beruflichen des Studiums angesiedelt. So konnte sie die Studentenschaft als sozial einheitliche Schicht mit einheitlicher materiellen Interessen ausgehen. Damit versuchte sie über den politischen Inhalt der Frage der kapitalistischen Preistreiberei hinwegzukommen und das Bewußtsein der Studenten auf den ständischen "Sozialprotest" gegen die Einstellung der Netzfreikarten zurückzuzerren.

Dieses scheinbar unpolitische Vorgehen hat jedoch eine ganz handfeste politische Funktion: Die Studenten von bewußten politischen Entscheidungen abzuhalten, ihnen Sand in die Augen zu streuen und eine bewußte Parteinahme für die Sache des Fortschritts, dür die Sache der Arbeiterklasse zu verhindern; sie stattdessen in einen ständischen Kampf um Privilegien zu schicken, der ihre Spaltung vom übrigen Volk noch vertiefen muß. [Denn der Kampf um die Gratisnetzkarten konnte bei den Arbeitern und den übrigen Werktätigen nur auf Ablehnung stoßen, ganz gleich mit welcher Begründung und unter welchen sozialen Phrasen er geführt wurde.] Die arbeitenden Massen haben nämlich ein elementares Bewußtsein von der Widersprüchlichkeit ihrer Interessen zu jenen der Studenten bewahrt, das durch die praktischen Erfahrungen mit den volksfeindlichen Funktionen,die die Intelligenz im Kapitalismus zwangsläufig erfüllen muß, genährt wird.Sie fühlen recht gut, daß die Ausbildung der Studenten aus ihren Steuergeldern, aus ihrer Arbeit bezahlt wird, und werden absolut kein Verständnis dafür aufbringen, daß gerade die Studenten gratis in der Stadt herumfahren sollen. Das Geschwätz von den "Stiefkindern des Wohlfahrtsstaates" aber kann in einer Situation, in der breite Teile der Arbeiterklasse unter dem Abbau ihres Reallohnes leiden, nur Empörung hervorrufen.
Dieses Mißtrauen und dieser Unmut wird von den bürgerl. Politikern und den Massenmedien dazu ausgenutzt, gerade die polit. Kämpfe der Studenten gegen die volksfeindliche Ausbildung, gegen die Einschränkung demokratischer Rechte etc. bei der werktätigen Bevölkerung zu diskreditieren, also gerade die Kämpfe zu verunglimpfen, die auf eine Ausbildung hinzielen, die den Bedürfnissen und Interessen des Volkes entspricht.
Eine solche Politik macht die Studenten zum Spielball der Bourgeoisie, sie liefert sie dem Wechselspiel der Taktik Zuckerbrot und Peitsche hilflos aus. Sie treibt die einzelnen Schichten und "Stände" in Scharmützel für Sonderinteressen und verhindert das Zustandekommen einer einheitlichen Kampffront



aller, die unter der Ausbeutung und Unterdrückung des kapitalistischen Systems zu leiden haben. Eine solche Politik nützt nur der Bourgeoisie auch, wenn sie sich vordergründig gegen ihre Regierung richten mag. Denn die Macht der Bourgeoisie liegt nicht in ihrer Stärke, sondern in der Zersplitterung und Uneinigkeit des Volkes.
Daß die ÖSU diese spalterische Demonstration initiiert hat, ist kein Zufall. Ihre ganze Politik zielt in diese Richtung, entspricht ihrer Funktion als Agent der Bourgeoisie auf HS-Boden, In allen wichtigen Punkten, besonders in der zentralen Frage der HS-Reform, entspricht ihre Politik den Interessen des Kapitals, versucht sie den wachsenden Protest der Studenten zu kanalisieren, die Studenten an politischen Einsichten zu hindern und ihr Bewußtsein auf einer ständischen Ebene zu fixieren. (Mitwirkung statt Kampf gegen die HS-Reform)

Der RFS hingegen, hat sich die aktive Bekämpfung der fortschrittlichen Bewegung auf der HS zum Ziel gesetzt, Er weiß sehr wohl, daß er sich dazu der sozialen Demagogie bedienen muß und hat deswegen folgerichtig

an der Kampagne teilgenommen. Der Studentenverband der KPÖ war auch an dieser Demonstration beteiligt, mit der Begründung, daß es "Aufgabe der fortschrittlichen Kräfte ... (sei) die Bewegung nicht diesen Gruppen zu überlassen (Volksstimme, Freitag 5.10.).
Doch der KSV trat der ständischen Stoßrichtung dieser Kampagne überhaupt nicht entgegen - Nicht einmal verbal.
Er propagierte ebenfalls die ständische und spalterische Losung nach "NETZKARTEN für alle Studenten", freilich etwas linker verbrämt durch den Zusatz "Freiheit für alle Lernenden - nicht auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung, sondern auf Kosten der Profite!" Dieser Zusatz soll verwischen, daß es einzig und allein um eine Sonderforderung der Studenten ging.

Die Politik des KSV in dieser Frage, seine Linie der "gewerkschaftlichen Orientierung" hat also keinen grundsätzlichen andern Inhalt als die ÖH-Politik. Es ist haargenau dieselbe ständische Ausrichtung bis auf den Unterschied, daß der KSV natürlich nicht die Studenten prinzipiell von der Politik abhält, sondern für den Reformismus gewinnen will. Denn er begreift gerade die ständische Orientierung als politische Ausrichtung, er gibt gerade die rein studentische Politik als Bündnispolitik der Arbeiterklasse aus, kann aber so die Spaltung des Volkes nicht überwinden, sondern trägt vielmehr objektiv dazu bei.

Seine eigene Abgrenzung von der ÖH ist nur der ideologische Ausdruck dieser Tatsache.
Seine Kritik an der ÖSU mündet in dem einzigen Vorwurf, sie greife die an sich berechtigten Interessen der Studenten an den Netzkarten zwar auf, aber sie vertrete sie nicht wirklich, sondern "benütze die Demonstration um von ihrer eigenen Mitschuld an der sozialen Misere vieler Studenten abzulenken" (Volksstimme, 4.10.)
Mit der Parole "Wir demonstrieren nicht für die Demagogie der ÖH, sondern für unsere eigenen Interessen" bietet sich der 'K'SV als bessere Standesvertretung an.
Die Teilnahme an der Demonstration ist kein einfacher Ausrutscher, sondern liegt auf seiner Linie der "gewerkschaftlichen Orientierung", die in der Leitparole zusammengefaßt ist:"Für die eigenen Interessen kämpfen, mit der Arbeiterklasse verbünden".Die Arbeiterklasse wird hier zum Instrument, um die partikularen Interessen der Studenten, die keineswegs auf eine konsequente Umwälzung des kapitalistischen Systems hinauslaufen durchzusetzen. Das wirkliche Verhältnis des Bündnisses,"daß das Proletariat in jeder kapitalistischen Gesellschaft die Interessen der gesamten Masse der Werktätigen und Ausgebeuteten ... richtig zum Ausdruck bringt" (Lenin) wird in das Gegenteil verkehrt. (Diese "gewerkschaftliche Orientierung" läuft auf die Entzweiung der Studenten und der Arbeiterklasse hinaus aber nicht auf ihr Bündnis, wie sich im konkreten Fall besonders deutlich zeigt.)

Die Forderung nach Nulltarif - „links"radikaler Ausdruck der ständischen Orientierung

Im Gegensatz zum KSV kritisierte die GRM zwar den ständischen Charakter der Forderung "Netzfreikarten für alle Studenten" und beteiligte sich auch nicht an der Demonstration. Sie erklärte, daß der ständische Kampf spalterisch sei und nur eine Perspektive erhalte, wenn er mit dem Kampf der Arbeiterklasse verbunden ist. Um diese Verbindung herzustellen, erhob die GRM die " über den studentischen Bereich hinausgehende Forderung nach "Nulltarif bezahlt aus Unternehmerprofiten"- Das über den student. Bereich Hinausweisende daran ist, daß die Forderung nach einem Privileg ausgedehnt wird auf andere Schichten der Gesellschaft.
Diese Forderung ist der Netzfreikartenkampagne künstlich aufgesetzt und vertuscht deren reaktionären Charakter. Sie ist in keiner Weise geeignet, den Studenten eine fortschrittliche Kampfperspektive zu vermitteln und die Verbindung zu den Kämpfen der werktätigen Massen wirklich herzustellen.
Die Forderung nach dem Nulltarif ist weder aus der werktätigen Bevölkerung gekommen noch irgendwie in ihr verankert. Sie ist von den Studenten ausgetüftelt worden. Für die Arbeiter liegt heute der Ansatzpunkt im Kampf gegen den Reallohnabbau und die Arbeitshetze in selbständigen innerbetrieblichen Kampfaktionen. Dazu werden sie durch die Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsspitze gezwungen, die weder willens noch fähig ist, den Kampf gegen die Angriffe der Kapitalisten zu organisieren.
Im Kampf gegen die Erhöhung der öffentlichen Tarife muß sich die Arbeiterklasse heute darauf beschränken, einzelne arbeiterfeindliche Maßnahmen abzuwehren. Für eine Forderung wie "Nulltarif - bezahlt aus Unternehmerprofiten" ist sie sicher nicht zu mobilisieren. Das Problem für sie besteht nämlich nicht darin, irgendwelche richtigen Forderungen zu erfinden, sondern solche, die zielführende Kampfschritte ermöglichen. Und das kann die Forderung nach dem Nulltarif gerade nicht. Denn in einer Situation, in der die Arbeiterklasse weder Einfluß auf die Politik der Gewerkschaftsführung noch ihre Vertreter im Gemeinderat hat, ist es völlig unmöglich, die Durchführung eines umfassenden Reformkonzeptes wie des Nulltarifs zu kontrollieren. Den Kapitalisten und ihren Politikern wird es hundertmal gelingen, die Kosten auf die Werktätigen abzuwälzen. Diese Forderung ist heute nur dazu geeignet, Illusionen über den Klassencharakter des bürgerlichen Staatsapparates zu schaffen - in den tatsächlich stattfindenden Kämpfen gegen den Reallohnabbau stoßen die Arbeiter auf andere Probleme.
Der Anspruch der GRM, durch diese Forderung " eine einheitliche Kampffront der Studenten mit allen Werktätigen" herzustellen, bleibt deshalb bloße Phrase.Indem sie - anstatt von den Kämpfen der Arbeiterklasse - von einer rein studentischen Forderung ausgeht und sich nicht entblödet, sie den Werktätigen als "Teil im Kampf gegen den Angriff der Kapitalisten und ihrer Regierung auf die materiellen Lebens-

bedingungen der Massen" anzubieten.(GRM).
Statt in den Kämpfen der Studenten Forderungen zu entwickeln, und zu verankern, die die Studenten gegen die Maßnahmen des bürgerlichen Staates vereinheitlichen und auf die Einheit der Volkskämpfe hinzielen, ist ihnen die bornierteste Forderung gut genug, um ihr die "revolutionäre Perspektive" aufzupfropfen. Ihr ganzes Nulltarifgeschrei diente der GRM nur dazu, sich hintenherum und versteckt hinter Sozialromantik doch noch für die Netzkarten einsetzen zu können, Der Kern dieser Haltung ist, sich auf den Boden des ständischen Kampfes um die Netzfreikarten für die Studenten zu stellen. Alle 'darüberhinaustreibende' Äußerungen bleiben notwendig Phrase, Aufputz. Sie dienen nur dazu einer opportunistischen Politik des Anhängens an die Massenstimmungen ein radikales Mäntelchen umzuhängen.
Der entscheidende Ansatzpunkt für den Kampf gegen die Verschlechterung der Lebenslage, die heute breite Teile der Studenten erleiden, ist die Frage der Stipendien.
Wir kämpfen für eine ausreichende staatliche Ausbildungsförderung der Kinder der werktätigen Bevölkerung, um für sie wenigstens ansatzweise das allgemeine Recht auf Ausbildung durchzusetzen, ein Recht, das für die Arbeiterkinder im Kapitalismus am allerwenigsten besteht, das erst mit der sozialistischen Umwälzung voll verwirklicht werdenkann.
Die Studenten, die aus der werktätigen Bevölkerung kommen und auf das Stipendium angewiesen sind, trifft die Einfrierung und Entwertung der Stipendien wirklich hart.
Nicht nur, daß die Stipendien nicht mit der Inflation mithalten, sie werdenoft sogar noch durch die nominellsteigenden Löhne der Eltern heruntergedrückt. Auf der anderen Seite ergattern sich manche Kinder von Industriellen, Großgrundbesitzern und anderen Großverdienern über irgendwelche Steuergaunereien ihrer Eltern Höchststipendien.
Die Forderung nach ausreichenden Stipendien muß verbunden werden mit der Ablehnung jeder damit verknüpften bürokratischen Kontrolle, des Drucks, der im Zuge der HS-Reform mittels der Bindung der Stipendienvergabe an das reibungslose Durchlaufen der Studiengänge gerade ausgebaut wird. Wir treten nicht für die Heranbildung der Arbeiterkinder zu willfährigen Kreaturen der Bourgeoisie ein, und seien es hundertmal solche mit HS-Abschluß. Nur indem wir den Kampf um aus eichende Stipendien auf eine politische Ebene heben, können wir ihm eine fortschrittliche Perspektive weisen. Nur so können wir den Kampf um ausreichende Stipendien gegen das gesamte kapitalistishe Ausbildungssystem ausrichten.

DER NEUE UOG-ENTWURF DER BUNDESREGIERUNG

Vor kurzem hat die Bundesregierung einen neuen UOG-Entwurf des Wissenschaftsministeriums beschlossen.
Der Entwurf geht nun ins Begutachtungsverfahren. Laut Zeitungsberichten ist mit seiner Verabschiedung durch das Parlament nicht vor Herbst 74 zu rechnen.

Was bringt der jetzige Entwurf Neues?

Der Entwurf weicht in zwei Punkten von den bisherigen Entwürfen des Wissenschaftsministeriums ab.
Erstens geht er in der Frage der Berufungen und in der Frage der Beteiligung der Studenten an den Mitbestimmungsgremien auf Fakultätsebene von "schematisch aufgefaßten Mitbestimmungskonzepten" (Firnberg) ab. Firnberg sprach von "Qualifikation" und ersetzt das schöne Wort "Mitbestimmung" durch das weniger schöne Wort "Mitspracherecht". Der Entwurf nähert sich damit stärker als bisher der "qualifizierten Mitbestimmung" des RFS und den Vorstellungen, der Industriellenvereinigung.
Zweitens sieht der neue Entwurf die Wahl des Rektors durch alle Universitätsangehörigen vor. Gewählt werden kann allerdings nur ein ordentlicher Professor. Dieser Vorschlag wird einerseits als Zuckerl für die Studenten gedacht sein; andrerseits würde seine Verwirklichung eine Stärkung der Autorität des Rektors bedeuten, eine bessere Legitimation für die Ausübung seiner "Ordnungsfunktionen", vor allem für die Ausübung des Hausrechts (bei der Genehmigung von Veranstaltungen der Studenten, bei der Anforderung von Polizeieinsätzen auf der Hochschule usw.).
Überdies kann die Wahl der Rektoren durch alle Universitätsangehörigen die Position der SPÖ auf den Hochschulen nur stärken, weil so eher der SP nahestehende "Reformprofessoren" zum Zug kommen. Wird nämlich der Rektor, wie bisher, von der Professorenkonferenz gewählt, so sind die Chancen von SP-freundlichen Professoren gleich Null - die Übermacht der stockkonservativen Kräfte ist zu groß.

Eine genauere Einschätzung des neuen Entwurfes wird möglich sein, wenn der Entwurf gedruckt vorliegt.

Was bedeutet der neue UOG-Entwurf für die Studenten?

Klarer als bisher enthüllt der neue Entwurf den schwindelhaften Charakter des ganzen Mitbestimmungsgeredes. Die nunmehrige "qualifizierte Mitbestimmung" in



entscheidender Hochschulgremien beweist nur, daß an erster Stelle bei der Hochschulreform die Rationalisierung, das was Industriellenvereinigung und RFS Effizienz nennen, steht und an zweiter Stelle die sogenannte Demokratisierung, als ein Mittel zur Durchsetzung der monopolkapitalistischen Hochschulreform gegenüber den Studenten. Nur wer schon bisher das Einseifen mit der Rasur verwechselte, kann über die Verdünnung der Mitbestimmung im neuen Entwurf wirklich enttäuscht sein, denn die Mitbestimmung, d.h. das Mitarbeiten an der Durchführung der Hochschulreform, kann natürlich nur so weit gewährt werden, als sie diese Durchführung eben nicht gefährdet bzw. die Möglichkeit der Gefährdung beinhaltet.

Wie verhalten sich die Studenten-„vertreter" in der ÖH?

Zufrieden ist natürlich der RFS. Die ÖSU bedauert in Gestalt des ÖH-Vorsitzenden Pototschnig, daß der neue UOG-Entwurf "gutbürgerlich aber nicht mehr sozialistisch" (!) sei. Sie fordert weiter Drittelparität. In einer offen gemeinsamen Front mit der ÖSU befindet sich nun der VSStö, der jetzt ebenfalls Drittelparität statt wie bisher Semiparität fordert. Damit ist der eigentliche einzige bisherige Unterschied zwischen ÖSU und VSStö verschwunden, beide befinden sich auf dem ursprünglichen Hochschulprogramm der SPÖ vereint, an dem der VSStö seinerzeit fleißig mitgearbeitet hat.

Inzwischen ist es aber so, daß die Mitbestimmungsdemagogie der bürgerlichen "Studentenparteien" bei der Masse der Studenten auf wachsende Gleichgültigkeit und Ablehnung stößt. Die zunehmende Verschlechterung der Studienbedingungen, der verstärkte Prüfungsdruck, die Zulassungsbeschränkungen verschiedenster Art bei Lehrveranstaltungen, die Reglementierung des Studienganges und das immer geistlosere und stumpfsinnigere Einpleuen der bürgerlichen Wissenschaft: das sind die Konsequenzen, die sich für die Studenten aus der Hochschulreform tagtäglich ergeben. Wie der Kampf gegen diese Auswirkungen der kapitalistischen Hochschulreform zu führen ist, das ist es, was die Studenten interessiert. Die bürgerlichen "Studentenparteien" dagegen lenken durch ihr Gerede von Mitbestimmung gerade von diesen tatsächlichen Problemen der Studenten ab, aber nicht nur das, sie beteiligen sich auch noch in den Studienkommissionen, Fachschaften usw. aktiv an der Durchführung von Studienverschärfungen, also an allen jenen Maßnahmen, die das Studium zur Qual werden lassen. Das Gerede von der Mitbestimmung kann daher jenen Tatbestand nicht vertuschen, daß die bürgerlichen "Studentenparteien" die Träger der kapitalistischen Hochschulreform auf Hochschulboden sind, auch wenn sie dauernd davon schwätzen, daß die Mitbestimmung, die Mitwirkung an der Hochschulreform im Interesse der Studenten sei, um sich als die beste Interessenvertretung anzupreisen - natürlich auch schon in Hinblick auf die Hochschulwahlen im Jänner.

Davon dürfen wir uns aber nicht täuschen lassen. Gegen die Hochschulreform, gegen eine Ausbildung im Dienste des Kapitals gilt es zu kämpfen - und nicht für mehr Mitbestimmung, weil Mitbestimmung eben nichts anderes heißt als mitbestimmen bei den Reglementierungen, beim Prüfungsdruck, bei der Studienverschärfung.

Hier aber gibt es nichts mitzubestimmen!
Hier muß der Kampf aufgenommen werden - gegen den bürgerlichen Staat, gegen das Ministerium, gegen die bürgerlichen Studentenparteien!

HÖRERVERSAMMLUNG AN DER PÄDAGOGISCHEN AKADEMIE

Am Mittwoch, den 17.10 kam es spontan zu einer Hörerversammlung. Der Grund dafür waren die Verschärfungen, die auf die totale Anwesenheitspflicht bei Lehrveranstaltungen hinausliefen. Der Unmut der 400 Studenten, die auf der Hörerversammlung erschienen waren, richtete sich klar gegen diese Verschärfung, egal ob sie unmittelbar davon betroffen waren oder nicht. Es war für alle klar, daß diese Maßnahme im Zusammenhang mit einer Kette von Repressionen steht, die die Studienbedingungen an der Pädagogischen Akademie kennzeichnen.
Die Hörerversammlung verabschiedete eine Resolution, in der sich die Studenten einmütig gegen diese Verschärfung aussprachen. Weiters wurde der Empfang einer Studentendelegation durch das Ministerium verlangt. Für den Fall, daß den berechtigten Forderungen der Studenten nicht Rechnung getragen wird, wurde mit weiteren Kampfmaßnahmen gedroht. Durch ein Flugblatt wurden alle Studenten informiert und zu einer weiteren Hörerversammlung aufgerufen, auf der klare, einheitliche Forderungen diskutiert werden sollten. Am Mittwoch, den 24., fand eine 2. Hörerversammlung statt, bei der wieder ca. 400 Kollegen anwesend waren. Es wurde einheitlich die Forderung nach vollständiger Rücknahme der neuen Bestimmung zur Anwesenheitspflicht erhoben. Eine Delegation wurde von den Studenten bestimmt und ihr Vorgehen gegenüber dem Ministerium diskutiert. Weiters wurde im Falle eines negativen Ausgangs der Verhandlungen ein Streik für den 7.11. beschlossen, in dessen Verlauf in Form einer Hörerversammlung den Forderungen der Studenten Nachdruck verliehen werden soll. Auch sollen die übrigen Pädagogischen Akademien in Österreich zu einer Solidarisierung aufgerufen werden.

Ausführlicher Bericht erfolgt in der nächsten Nummer der KHZ.

NACH DEN WAHLEN IN WIEN

Das Wahlergebnis

"Triumph der SPÖ" hieß es in den ersten Tagen nach den Wahlen in fast allen bürgerlichen Zeitungen. In riesigen Schlagzeilen war von einer "Sensation" die Rede. Was war tatsächlich passiert? Beide große Parteien konnten gegenüber 1969 in fast gleichem Maße Stimmen gewinnen - die SPÖ um 4,15%, die ÖVP um 4,04%. Auf Grund des Wahlsystems gab es bei den Mandaten geringfügige, bei den Stimmen keine relevanten Verschiebungen oder "Einbrüche". Auch die Wahlbeteiligung war mit ca. 78% nur knapp über dem absoluten Tiefstand von 75,9% im Jahr 1969. Kurz: Gegenüber den letzten Gemeinderatswahlen hat sich, was die großen Parteien betrifft, nichts geändert.

Allerdings wurde allgemein ein anderes Wahlresultat erwartet, nämlich Stimmenverluste der SPÖ zugunsten der ÖVP. Das war der Trend bei allen anderen Landtagswahlen der letzten Zeit, einschließlich der in Oberösterreich. Die Unzufriedenheit mit der Politik der SPÖ auf Bundes- und auf Landesebene war in allen Teilen des Volkes gewachsen. Die ÖVP konnte sich trotz aller sozialen Demagogie des ÖAAB zwar nicht in der Arbeiterklasse wirksam als "Alternative" anbiedern, aber sie konnte in anderen Teilen des Volkes Gewinne erzielen, die Positionen, die sie 1970 an die SPÖ verloren hatte, teilweise wieder zurückgewinnen. Auch in Wien war die Unzufriedenheit mit der Politik der SPÖ-Spitze im Rathaus beträchtlich gewachsen. Slavik war in seiner kurzen Amtszeit geradezu zum Symbol für Bürokratismus und Verschwendung, Korruption und Ausplünderung der Werktätigen, zur Verkörperung einer volksfeindlichen Kommunalpolitik geworden. Die Abstimmungsniederlage bei der "Baummordkampagne" war eine günstige Gelegenheit für die SPÖ, ihn abzuservieren. Ein Mann wurde geopfert, um die volksfeindliche Politik mit neuer Staffage fortsetzen zu können. Gratz wurde von Anfang an als "Neuerer" präsentiert. Seine Aufgabe war es, neue Hoffnungen und Illusionen über eine Änderung der Rathauspolitik zu wecken und auf die Wahlmühlen der SPÖ zu lenken. Dadurch sollte die drohende Abwendung von Teilen der Arbeiterklasse und des Volkes von der SPÖ abgefangen und die Reihen der Sozialdemokratie wieder gefestigt werden. Die Rechnung der SPÖ ist aufgegangen. Sie konnte nur aufgehen, weil angesichts der ÖVP, die außer Demagogie nichts zu bieten hatte, und der anderen bürgerlichen Parteien (bis zur "K"PÖ) die SPÖ für die Massen immer noch als das "kleinere Übel" erschien, der mit dem "Neuerer"Gratz an der Spitze "eine Chance zu geben" sich lohnen könnte.

Rationalisierung der volksfeindlichen Rathauspolitik

Wenn man dem Kurier und der Kronenzeitung Glauben schenkt, dann hat Gratz sich unmittelbar nach den Wahlen "die Ärmel aufgekrempelt", um "im verknöcherten Rathaussystem anständig umzurühren". Tatsächlich"rollten einige Köpfe". Aber es handelt sich nur um eine Rationalisierung der Gemeindeverwaltung, um die Einsparung von überflüssigen Kosten bei der volksfeindlichen Rathauspolitik. Es handelt sich nicht um eine Änderung der Politik. Es handelt sich nicht darum, daß nach den Wahlen plötzlich die Interessen der Arbeiter und des Volkes und nicht mehr die der Kapitalisten maßgebend für die Gemeindepolitik sind. Ein solches Ausmaß an Verschwendung, an Fehlinvestitionen, kurzum an völlig nutzlosen Kosten wie in der Wiener Gemeindeverwaltung ist nicht im Sinn der Kapitalisten, die das Geld entweder direkt zugesteckt oder jedenfalls zweckmäßiger in ihrem Interesse verwendet haben wollen. Sie ist daher auch nicht im Sinn der SPÖ, die gerade die "Modernisierung" und Rationalisierung des österreichischen Kapitalismus auf ihre Fahnen geschrieben hat.

Die volksfeindliche Politik wird fortgesetzt

Seitenweise schrieben die bürgerlichen Zeitungen über die "radikalen Änderungen", über das Umrühren und Umkrempeln - ohne auch nur eine Zeile für die Fragen und Probleme zu "verschwenden", die für die Arbeiterklasse und das Volk Lebensfragen sind. Ändert sich etwas an der volksfeindlichen Wohnungspolitik? An der Gesundheitspolitik? Ändert sich etwas daran, daß das Volk geschröpft und den Kapitalisten Millionen zugeschanzt werden? Ändert Gratz die Steuerausplünderung? werden die angekündigten Tarif- und Gebührenerhöhungen vielleicht nicht vorgenommen? Ganz im Gegenteil: Es beginnt gleich Anfang November mit dem Strompreis. Die 14%ige Erhöhung im Vorjahr war "bei weitem nicht kräftig genug". Der Generaldirektor der Verbundgesellschaft, Erbacher, hat einen neuerlichen Preiserhöhungsantrag für Anfang November angekündigt. Erhöht werden auch die Telefongebühren. Eine neuerliche Verteuerung der Straßenbahn wollte Stadtrat Schweda eigentlich schon im Juli. Aus verständlichen Gründen mußte er sich damals "zurückhalten", wie er soeben erklärte, aber diese und andere kommunale Tariferhöhungen seien "unvermeidbar". Sicher ist bereits die Verteuerung der Eisenbahnfahrten um ca. 10% im Jänner. Besonders arg treiben Kapitalisten und Gemeinde es beim Bierpreis. Nach der Erhöhung von 1972 die den Brauereikapitalisten eine Nettogewinnsteigerung von 45% (!) brachte, und der Erhöhung im Sommer läuft schon wieder ein neuer Preisantrag in der Paritätischen. Die Gemeinde kann da nicht ruhig zuschauen: Derselbe Stadtrat Schweda hat sich für

eine zusätzliche Besteuerung des Bieres ausgesprochen (durch die Einbeziehung in die Getränkesteuer). Alle diese volksfeindlichen Maßnahmen sind bereits "Gegenstand der Diskussion", auf sie sollen wir heute schon vorbereitet werden. Wer weiß, welche anderen Verteuerungspläne sonst noch in den Schubladen liegen! Mit diesem Raubzug auf unsere Taschen machen Staat und Gemeinde sich zum Vorreiter der Preistreiberei der Kapitalisten. In allen diesen Fragen wird die volksfeindliche Kommunalpolitik bruchlos fortgesetzt, unter Gratz genauso wie unter Marek und Slavik, durch die Alleinregierung genauso wie durch die SPÖ/ÖVP-Koalition. Die Phrasen über die "Umkrempelung des Rathaussystems soll vernebeln, daß nur die Gallionsfigur und die Fassade geändert werden.

Die Arbeiterklasse muß ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen

Das alles zeigt drastisch, wie es um die bürgerliche Demokratie, um die "Macht des Stimmzettels" bestellt ist. Sie reicht gerade soweit, um die Verteilung von Posten und Pfründen zwischen in gleichem Maß volksfeindlichen Parteien zu beeinflussen, die "Macht des Stimmzettels" beeinflußt, welche Partei - SP oder VP - die Politik der herrschenden Klasse macht. Aber sie kann nichts daran ändern, daß diese Politik in der einen oder anderen Variante gemacht wird. Sie beeinflußt die Art des Zusammenspiels zwischen den bürgerlichen Parteien, aber sie kann nichts an diesem Zusammenspiel (sei es auch als Verhältnis Regierung-Opposition) ändern, weil sich alle heute existierenden Parteien auf die Interessen der herrschenden Klasse und die Aufrechterhaltung und Festigung des kapitalistischen Systems verschworen haben. So abseitige Fragen wie das Donauinselprojekt oder die UNO-City hat die ÖVP unittelbar nach den Wahlen als Hauptdifferenzpunkte zur SPÖ angegeben. In den Grundfragen, aber, die die Arbeits- und Lebensverhältnisse der Werktätigen betreffen, sind sie sich einig. Von keiner dieser Parteien kann die Arbeiterklasse Hilfe

Die volksfeindliche Wohnbaupolitik der Gemeinde Wien

Die "neue regionale Wirtschaftspolitik", voll und ganz von den SP-Gewerkschaftern unterstützt (AZ, 26.Juni), unter dem Motto "keine Industrievertreibung" bedeutet nichts anderes als großangelegte Kreditaktionen und Steuergeschenke an die Kapitalisten, die ihre Betriebe in Wien ansiedeln wollen, bedeutet nichts anderes als die Bereitstellung von voll ausgestattetem Industriebauland zu Preisen, die weit unter den Kosten liegen, bedeutet, daß alte Wohnviertel in zentraler Lage abgerissen werden, um den Büroklötzen und Fertigungshallen Platz zu machen.

Demgegenüber werden in den allerentlegendsten Gegenden Wiens trostlose "Siedlungen" errichtet. Die Wohnungen sind klein, es fehlen ausreichende Schulen, Kindergärten, Einkaufsmöglichkeiten, Spiel- und Sportplätze; es fehlt eine ausreichende Gesundheitsversorgung, es gibt keine Ambulatorien; ein Arzt für über 3.000 Einwohner, das ist die Regel in diesen Gegenden und 30.000 auf einen Kinderarzt (das sind rund dreimal soviel wie der Wiener Durchschnitt und sechs- bis achtmal soviel wie in den Innenstadtbezirken). Eine einzige Straßenbahn bzw. Buslinie stellt die Verbindung zwischen der Stadt und diesen Randghettos her.
Je billiger für die Kapitalisten die Baugründe wurden, desto teurer wurden für die Arbeiter und Angestellten die Wohnungen. 60 - 80.000.- Vorauszahlung für 60m² Gemeindewohnfläche sind nahezu die Regel, bei Mieten von 700-800.- und ständig steigenden Betriebskosten.

Die sozialdemokratische Gemeindeverwaltung produzierte die Teuerung der Wohnungspreise und die Steigerung der Tarife selbst. Sie kontrolliert, vor allem über die Firmen GESIBA, EKAZENT, BAURING WIEN und mittels der BAWAG und angeschlossener Betriebe den größten Teil des Wohnungsbaues in Wien. Ebenso kontrolliert sie die Heizbetriebe, ebenso ist sie verantwortlich für die 14 % Strompreiserhöhung im Juni 72. (Eine neue Strompreiserhöhung in ähnlicher Höhe steht unmittelbar bevor, weil die 14 % "absolut nicht kräftig genug" gewesen seien.)

Je mehr die Sozialdemokraten die Kapitalisten subventionieren, desto weniger Wohnungen werden gebaut. Die Wohnbauleistung ging in den letzten 2 Jahren um 30 % zurück, die Abbruchtätigkeit stieg um 25%. Jährlich gibt es ca. 16.000 Wohnungsbewerbungen bei der Gemeinde, wobei heute noch 1.600 Anträge aus dem Jahr 1968 und früher unerledigt sind. Aber, trotzdem Wohnungsknappheit herrscht und sich immer weniger Leute eine neue Wohnung leisten können - ohne sich auf Jahrzehnte zu verschulden - unterstützt die Gemeinde den § 7 - Mietenwucher und betätigt sich selbst in der Rolle des wuchernden Hausherrn (Goethehof). Mehr als die Hälfte aller mietergeschützten Wohnungen wurden bereits vom § 7 betroffen, das bedeutet für jeden Mieter acht- bis zwölffachen Zins.

(abgedruckt aus "Klassenkampf", Zeitschrift des KB Wien)

bei der Durchsetzung ihrer Interessen erwarten. Wenn die Arbeiter nicht kampflos die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen hinnehmen wollen, dann dürfen sie keine Hoffnungen auf diese Parteien setzen. Dann dürfen sie sich nicht durch neue Illusionen über den volksfeindlichen Charakter der SPÖ-Politik hinwegtäuschen lassen. Dann dürfen sie sich von Gratz, der auch nur die Politik seiner voll und ganz im Dienst der herrschenden Klasse stehenden Partei macht, keine wirkliche Änderung in ihrem Sinn erwarten. Wenn die Arbeiter sich nicht selber in den Betrieben und Wohnvierteln gegen die Ausplünderung durch Kapitalisten, Staat und Gemeinde zur Wehr setzen, werden sie immer die Betrogenen sein.

Wahlniederlage der »K«PÖ in Wien

In vollständigem Gegensatz zu all ihren Erwartungen hat die "K"PÖ bei den Gemeinderatswahlen eine schwere Niederlage erlitten. Sie hat gegenüber den letzten Gemeinderatswahlen (1969) 5.408 Stimmen oder 19,7 % verloren. Auch gegenüber den Nationalratswahlen 1971, wo die Wahlbeteiligung mit 87,4% insgesamt wesentlich höher lag, hat sie noch **um 446 Stimmen** weniger gekriegt.

Das ist das verdiente Schicksal einer Partei, die nur eins im Sinn hat: die Unzufriedenheit der Arbeiter und des Volkes über die Verschlechterung der Arbeits- und Lebensbedingungen durch die Kapitalisten sowie durch die volksfeindliche Politik der SPÖ in Regierung und Rathaus für ihre selbstsüchtigen Zwecke auszunutzen, um der SP Stimmen abzujagen und selber Sitze in den Institutionen des bürgerlichen Staates zu ergattern. Nur soweit es diesem Ziel dient, interessiert sie sich für die Interessen der Arbeiter. Sie will nicht ins Rathaus, um auch von dort aus den Kampf der Arbeiter und des Volkes in Betrieben und Wohnvierteln zu unterstützen.

Sie versucht vielmehr, aus solchen Kämpfen für sich selbst Kapital zu schlagen, um endlich an der "Macht" in Staat und Gemeinde teilhaben zu können.



KPÖ-FUNKTIONÄR [illegible] REND DER WAHLKAMPAGNE SEINER PARTEI ALS ARBEITER VERKLEIDET.

Keinen Finger rührt sie in Wirklichkeit, wo es um die Förderung und Vorantreibung der Volkskämpfe ginge, die sie so gern im Munde führt. Was hat die "K"PÖ während der Kollektivvertragsverhandlungen getan? Sie hat sich vor allem darauf konzentriert, den Benya, Sekanina und Co. vorzurechnen, daß 20 % oder sonst etwas "gerechtfertigt" wären, statt in den Betrieben gegen den drohenden Lohnraubabschluß zu mobilisieren. Was haben die "K"PÖ-Betriebsratsfürsten in Betrieben getan, in denen sie die Mehrheit im Betriebsrat haben? Warum haben sie dort angesichts der völlig ungenügenden Kollektivvertrag-Abschlüsse die Arbeiter nicht in den Kampf für die notwendigen innerbetrieblichen Lohnerhöhungen geführt? Wieso hat in solchen Betrieben auch nicht mehr herausgeschaut, als in allen anderen auch? Wieso stehen die Kollegen solcher Betriebe, was die Kampfbedingungen betrifft, heute auch nicht besser da, wie in jedem anderen Betrieb auch? Dort wo die "K"PÖ heute Positionen hat, die sie ausnutzen könnte, um Teile der Arbeiterschaft in den Kampf gegen die Unternehmer zu führen, wo sie gerade das aber nicht tut, - dort tritt der wirkliche Charakter dieser Partei hervor.

Sie vertraut auf die "Macht des Stimmzettels", statt sich auf die Entfaltung der wirklichen Stärke der Arbeiter im Betrieb zu orientieren. Stimmenfang - das ist der rote Faden, der sich durch die ganze Politik dieser Partei zieht. "Ihre Stimme der KPÖ!" - das ist das Universalrezept, das einzige, was sie zu sagen hat, wo es um die Angabe von klaren Perspektiven für die Kämpfe und Bewegungen der Arbeiter ginge. Nicht der Sturz des Kapitalismus und die Errichtung des Sozialismus ist ihr Ziel, sondern unter der Parole der "Reformierung" und des "friedlichen Weges zum Sozialismus" an der Staatsmacht teilzuhaben.

Die "K"PÖ ist längst keine kommunistische Partei mehr, genausowenig wie ihr "großer Bruder" in Moskau. Sie ist keine Partei der Arbeiterklasse mehr, sondern sie hat denselben Weg beschritten, der auch die Sozialdemokratie schon vor jahrzehnten ins Lager der Bourgeoisie geführt hat. Auf ihre Weise leistet auch die "K"PÖ einen Beitrag zur Festigung des bürgerlichen Systems, indem sie sich als Alternative zur SPÖ ausgibt, aber keinen Arbeiter in Wien Grund genug war, um der SPÖ den Rücken zu kehren. Dort, wo sich der Kampf um die Lebensfragen der Arbeiterklasse abspielt, in den Betrieben, konnte man von der "K"PÖ ebenfalls nichts erwarten, außer Phrasen. Bei einer Reihe von Betriebsratswahlen der letzten Zeit konnte die "K"PÖ Stimmengewinne verzeichnen. Viele Kollegen erwarteten sich davon, daß den sozialdemokratischen "Betriebskaisern" dadurch Feuer unter dem Hintern gemacht würde. Sie erwarteten sich von der "K"PÖ die Rolle des "Hechts im Karpfenteich". Viele von ihnen haben inzwischen gemerkt, daß der "K"PÖ meist die Zusammenarbeit mit eben diesen SP-Bonzen, gegen die sie gewählt wurden, wichtiger ist als die konsequente Förderung der Interessen der Kollegen. Bei diesen Gemeinderatswahlen genügte das Image Gratz' als eines "radikalen Neuers", um der "K"PÖ allen Wind aus den Segeln zu nehmen.

Deshalb haben die Wahlen trotz der Mobilisierung aller Kräfte, trotz allen Einsatzes vieler ehrlicher Mitglieder der "K"PÖ zur Niederlage geführt. Es herrscht eben kein Bedarf nach einer zweiten sozialdemokratischen Partei!

DEUTSCHNATIONALE HETZE IN KÄRNTEN

In den letzten Monaten wurde die chauvinistische Hetze gegen die slovenische Volksgruppe in Kärnten wieder verstärkt. Der Hauptinhalt bestand in den Angriffen auf die fortschrittliche Tradition der Slovenen, auf ihren bewaffneten Widerstandskampf gegen den Faschismus und in der Forderung nach einer zahlenmäßigen Feststellung der Kärntner Slovenen.
Alle reaktionären Kräfte, von den alten Nazis bis zur ÖVP-Landjugend, den Kleinbürgern, deutschnationalen Kapitalisten, Advokaten und Pfaffen, sammelten sich unter der Führung des Kärntner Heimatdienstes, um in Feiern zu Ehren der "Opfer beider Weltkriege" ihre Verachtung und ihren Haß gegen die Widerstandsbewegung gegen den Faschismus zum Ausdruck zu bringen. Die am 6. Oktober stattgefundene Enthüllung eines "Mahnmales zum Gedenken an die Gefallenen beider Kriege und an die verschleppten und ermordeten Kärntner", zu der über 15.000 Teilnehmer erschienen, war ein neuerlicher Höhepunkt des Deutschnationalismus in Kärnten. Besonders die "verschleppten und ermordeten Kärntner" werden immer wieder beschworen, was zur Verherrlichung der von den Partisanen am Ende des 2. Weltkrieges wegen ihrer Verbrechen hingerichteten Ortsgruppenleiter und anderer blutiger Schergen des Hitlerregimes dient. Sie hatten viele Slovenen, die in den KZ's starben und manchen Widerstandskämpfer auf ihrem Gewissen.

Die Hetze gegen die fortschrittliche Tradition der Kärntner Slovenen, die vor 30 Jahren gemeinsam mit deutschsprachigen Arbeitern und Bauern den bewaffneten Kampf gegen den Faschismus und für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung führten, dient der herrschenden Klasse dazu, dem deutschsprachigen Arbeiter, Angestellten und Bauern seinen Feind im slovenischen Arbeiter und Bauern und nicht im gemeinsamen Ausbeuter erblicken zu lassen. Diese Hetze ist daher nicht bloß gegen die Slovenen gerichtet, sondern hat das Ziel, alle fortschrittlichen Bewegungen, die die Arbeiterklasse und das Volk gegen ihre Unterdrükker entfalten, zu verteufeln. Dieser jahrzehntelange ständige Druck auf die slovenische Volksgruppe verfehlte auch nicht seine Wirkung: sie wich immer mehr zurück, ihr Selbstbewußtsein sank, die Volksmassen traten nicht mehr als selbständig Handelnde auf den Plan.



REAKTIONÄRE HETZER, KAPPLSTUDENTEN, DIE GANZE REAKTIONÄRE BRUT TRIFFT SICH IM DUNKEL DER NACHT, UM IHRE HASSTIRADE GEGEN ALLES FORTSCHRITTLICHE LOSZULASSEN

Die Sprengung eines Partisanendenkmales, da an die ersten bewaffneten Auseinandersetzungen der Partisanen mit Einheiten der deutschen Wehrmacht erinnern sollte; ein Bombenattentat auf den Sitz des "Zentralverbandes slovenischer Organisationen"; einige tätliche Angriffe auf Slovenen und Schüsse aus einem Luftdruckgewehr auf slovenische Mittelschüler in Klagenfurt - das sind einige Auswüchse, die das Anwachsen der nationalistischen Hetze dokumentieren.

Die nationalistische Propaganda ist den reaktionären Hetzern schon seit Jahrzehnten in Schulen, im Bundesheer, den Zeitungen und bei politischen Veranstaltungen tägliches Brot. Damit füttert die herrschende Klasse die Werktätigen, um das Zusammenleben der beiden Volksgruppen zu vergiften. Gegen die durch den nationalistischen Streit gespaltenen Werktätigen kann dann die herrschende Klasse ihre Interessen noch leichter durchzusetzen.

In letzter Zeit versuchte besonders die studierende Jugend durch die Beschriftung der Ortstafeln mit slovenischen Namen den Kampf für die nationale Gleichberechtigung aufzunehmen. Doch blieb der Kampf um die nationale Gleichberechtigung auf der Ebene der Sprachenfrage stehen, wodurch sich der Schwerpunkt des nationalen Problems auf die Sprachenfrage (konkret die Zweisprachigkeit der Ortstafeln) verlagerte und weg von der tiefgehenden Unterdrückung, die die Slovenen im Betrieb, in der Schule, in den staatlichen Institutionen erfahren. Dem Heimatdienst wiederum gelang es, auf dieser Ebene eine unglaubliche Hetze zu entfalten, sodaß es zunehmend schwieriger wird, die Probleme der slovenischen Volksmassen, die eben nicht hauptsächlich in der Sprachenfrage liegen, zu lösen und eine Ein-

heit mit dem deutschsprachigen Volk herzustellen.

Die Pläne der Regierung

Die Regierung legte im Jahre 1972 einen Kompromißvorschlag zur Ortstafelfrage vor, der gleichzeitig die deutschsprachigen Chauvinisten und die Slovenen befriedigen sollte. In einzelnen Orten, beileibe nicht in allen des zweisprachigen Gebietes, sollten zweisprachige Ortstafeln aufgestellt werden. Die Reaktion der Regierung auf den Druck der Deutschnationalen zeigte aber dann, wie verlogen diese Maßnahme war, wie wenig sie mit dem Kampf gegen den Chauvinismus zu tun hatte, daß sie nichts anderes erreichen sollte, als die Ruhe wieder herzustellen, natürlich ohne die Verwirklichung der nationalen Rechte der Slovenen.

Mit der Regelung des Ortstafelproblems versuchte die Regierung auch auf der Sprachenfrage stehen zu bleiben, damit die chauvinistische Hetze im Betrieb, in der Schule und im öffentlichen Leben nicht angetastet werde. Noch klarer kommt der reaktionäre Charakter der Regierung durch ihr Manövrieren in der letzten Zeit heraus.

Nachdem sie unter dem Druck der Chauvinisten die zweisprachigen Ortstafeln nicht mehr aufstellte, versuchte sie nun die Slovenen in Kommissionen zu lokken, in denen sie politisch kaltgestellt werden, während sie gleichzeitig Maßnahmen vorbereitet, die das Zusammenleben noch weiter vergiften, noch mehr zu Gunsten der herrschenden Klasse wenden sollen. Die Regierung will nämlich in Kürze eine Minderheitenfeststellung unter der Bezeichnung "Sprachenzählung" durchführen lassen - ein jahrzehntelanger Wunsch aller Reaktionäre! Diese Maßnahme dient nur dazu, bei der Zählung selbst, aber auch vorher und nachher, unter dem Volk die Vorurteile gegenüber der anderen Nationalität weiter zu vertiefen, die Spaltung des Volkes und die Festigung der herrschenden Klasse weiter zu verstärken, um die Rechte der Minderheit weiter einzuschränken, dient doch eine Minderheitenfeststellung unter dem reaktionären und chauvinistischen Druck der verhetzten Teile der Kärntner Bevölkerung nur dazu, daß die Slovenen - dem mehr oder minder offenen Terror ausgesetzt - ihre eigene Existenz verleugnen. Die Folge davon ist natürlich klar: dem, was nicht existiert, braucht man keine Rechte zugestehen. Darüber hinaus hat man dann noch den Beweis dafür, daß die Slovenen sich ohnehin äußerst wohlfühlen - als Nichtslovenen.

Zur Durchführung dieser reaktionären Maßnahme sind die FP, VP und SP auch taktisch noch enger zusammengerückt. Nach Äußerungen des neuen Kärntner Parteivorstandes der SPÖ sollen ab nun alle drei Parteien gemeinsam die Verantwortung im Lande tragen (besonders aber in der nationalen Frage) - damit die SP nicht wieder ins Hintertreffen gerät.

Dieser Schritt der SP wird von einem "neuen Demokratiebewußtsein" in der Partei begleitet, das es ihr ermöglicht, auf staatlicher Ebene die reaktionären Maßnahmen zu unterstützen, doch auch etwas linkere Sozialdemokraten weiterhin in ihren Reihen behalten zu können. (Konkret heißt dies z.B.: Verbot für alle Parteiorganisationen, dem "Komitee für die Rechte der Kärntner Slovenen" beizutreten; einzelne SP-ler können jedoch als Privatpersonen dem Komitee beitreten, ohne sofort mit Sanktionen rechnen zu müssen).

Weg mit der reaktionären Hetze - für die Einheit der slovenisch- und deutschsprachigen Arbeiterklasse

Dieser planmäßigen Hetze, die der Arbeiterklasse und dem Volk nur Streit und Zersplitterung ihrer Kräfte bringt, kann nur die Mobilisierung des Volkes für seine Interessen, kann nur die Kraft der kämpfenden Massen unter der Führung der Arbeiterklasse Einhalt gebieten.
Die Arbeiterklasse und das Volk müssen in ihrem eigenen Interesse entschieden gegen jede Spaltung, gegen jeglichen Nationalismus und für die Gleichberechtigung der beiden Volksgruppen auftreten. Die Spaltung müssen sie im Kampf gegen die tägliche Ausbeutung und politische Versklavung, im gemeinsamen Kampf für den Sozialismus überwinden. Zugleich muß auch entschieden der Kampf für die nationalen Rechte der Slovenen geführt werden.



DAS PARTISANENDENKMAL IN ROBESCH, DAS VOR KURZEM VON DEUTSCHNATIONALEN ELEMENTEN GESPRENGT WURDE.

Demonstration gegen die Minderheitenfeststellung in Klagenfurt

Am 25.10. fand in Klagenfurt eine Demonstration des "Solidaritätskomitees für die Rechte der Kärntner Slowenen" statt.
Die Tätigkeit des Solidaritätskomitees war allen Reaktionären seit seinem Bestehen ein Dorn im Auge. Sie versuchten seine Arbeit mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln zu sabotieren: so haben der Klagenfurter Bürgermeister Guggenberger (ÖVP) und die Arbeiterkam-

mer eine Ausstellung des Solidaritätskomitees über "Die gegenwärtigen Probleme der Kärntner Slowenen" im Stadthaus resp. in den Räumen der Arbeiterkammer verboten. Der Kärntner Heimatdienst nahm die Demonstration zum Anlaß für eine verstärkte Hetze gegen die Slowenen und alle fortschrittlichen Menschen. Auf dem Lande wurde älteren Leuten, die die Nazi-Zeit durchgemacht hatten, sogar angedroht, daß sie ausgesiedelt würden, wenn sie an der Demonstration teilnehmen würden.
Trotz aller Bemühungen der Reaktion haben sich dann doch weit über 2000 Menschen an der Demonstration beteiligt und ihre Empörung gegen die Politik der nationalen Verhetzung, die Unterdrückung der Slowenen und die geplante Minderheitenfeststellung kundgetan.
200 deutschnationale Gegendemonstranten versuchten die Schlußkundgebung zu stören. Ihre Sprechchöre waren: "Tschusch'a, geht's obe zum Tito", "Kärnten frei und ungeteilt" und "Kärntner sprich deutsch!" Sie gingen im vielstimmigen "Nazi raus!" unter. Ein großes Polizeiaufgebot verhinderte tätliche Zusammenstöße.

Die Führung des Solidaritätskomitees (das von der "K"PÖ und ihren Rattenschwanz von Organisationen und Sozialdemokraten dominiert wurde) beschränkte die Demonstration hauptsächlich darauf, vom bürgerlichen Staat die Erfüllung des Artikel 7 des Staatsvertrags (betrifft die Rechte der nationalen Minderheiten in Österreich) zu fordern.
All die Jahre nach den 2. Weltkrieg haben jedoch gezeigt, daß die Rechte der Slowenen nicht durch ein Gesetz des bürgerlichen Staates garantiert werden können. Die Rechte mögen zwar auf dem Papier stehen, das hindert die Reaktionäre in Schulen und Ämtern, die Kapitalisten und ihre Helfershelfer im Betrieb und im öffentlichen Leben nicht, nationalistische Unterdrückung und Verhetzung zu betreiben. Der Staatsvertrag, ein Teil der Verfassung, hinderte auch die bürgerlichen Parteien nicht, im Jahre 1958 das obligate zweisprachige Schulsystem abzuschaffen und das sogar als Erfüllung des Staatsvertrags im Schulwesen zu bezeichnen.

Der Kampf gegen die Minderheitenfeststellung wurde von der "K"PÖ und ihren Anhängseln als Kampf zur Verteidigung der bürgerlichen Verfassung geführt.

Das "freie und demokratische Österreich" wurde aufgefordert, doch endlich seine Verfassung zu beachten und zu erfüllen.

In der Resolution des Solidaritätskomitees hieß es, "daß nur die Erfüllung der vertraglich verankerten Verpflichtungen...imstande ist, die jüngste unheilvolle Entwicklung in Kärnten abzuwenden." Statt den Massen die Kampfbedingungen klarzumachen, wurden sie in Illusionen über den Charakter des bürgerlichen Staates gewiegt. Überdies bekam die ganze Demonstration eine defensive Ausrichtung, was in ihrer Hauptparole "Artikel 7 - unser Recht!" zum Ausdruck kam. Bei der Demonstration wurde nicht klargemacht, was die Ursachen der nationalen Unterdrückung sind, und daß die Rechte der Slowenen nur durch den Kampf und die Aufklärung der Volksmassen selbst garantiert und verwirklicht werden können.

FRIEDENSNOBELPREISVERLEIHUNG

Ideologischer Handlangerdienst für den USA - Imperialismus

Einmal mehr hat das norwegische Nobelpreiskomitee, ein ideologischer Apparat der Weltbourgeoisie mit [illegible] Anschein der "Objektivität", seine Funktion erfüllt. Es verlieh am 16. Oktober Henry Kissinger, dem wichtigsten Helfershelfer des obersten Kriegstreibers der USA, Richard Nixon, den Friedensnobelpreis!
Daß dieser Preis zugleich Le Duc Tho zugesprochen wurde, spricht nur für den Zynismus der gelehrten Herren von Oslo. Man kann gar nicht so naiv sein, um nicht zu begreifen, daß es dem Nobelpreiskomitee damit um die ideologische Sanktionierung der Politik des USA-Imperialismus geht, die dieser heute bitter nötiger denn je hat. Die Friedensnobelpreisverleiher tun so, als ob die Einschränkung der amerikanischen Aggressionspolitik in Indochina aus den friedliebenden Absichten der amerikanischen Regierung resultiere, während sie in Wirklichkeit nur und ausschließlich das Ergebnis des siegreichen, bewaffneten Kampfes der indochinesischen Völker ist.

Was die Preisverleiher bezweckten, geht schon daraus hervor, daß unter den 47 Kanditaten des Friedenspreises auch Nixon selbst war. Es ist zwar kaum zu glauben, aber wahr: Die Jurymitglieder überlegten allen Ernstes, Nixon, der in Indochina Jahr für Jahr den Terror steigerte, der heute im eigenen Land im Dreck seiner Verbrecher- und Gangsterpolitik zu versinken droht, den Palmwedel als Symbol der Friedfertigkeit in seine blutverschmierten Hände zu drücken! Zuguterletzt muß ihnen zwar ein solcher Scherz selbst als zu makaber erschienen sein.
Um das Terrain der Geschmacklosigkeit aber nicht ganz zu verlassen, beschlossen sie, Kissinger gemeinsam mit Le Duc Tho, dem Vertreter des für seine Unabhängigkeit und sozialen Fortschritt kämpenden vietnamesischen Volkes bei den Pariser Verhandlungen, "auszuzeichnen".

Daß es aber um die alleinige Auszeichnung des US-Imperialismus gegangen ist, das hat Kissinger sofort begriffen.

"'Ich bin sehr glücklich', sagte Kissinger. Er betonte, daß die norwegische Entscheidung eine Anerkennung der Tatsache bedeute, daß die Außenpolitik Nixon's in SO-Asien der Errichtung eines dauerhaften Friedens diene" (Le Monde, 18. 10. 73).

Den Verbrecher gemeinsam mit dem Opfer zu ehren-das ist die Parteinahme für den Verbrecher. Vom vietnamesischen Volk gezwungen, das Pariser Abkommen zu unterzeichnen, tun die USA alles, um gemeinsam mit ihren Gehilfen in Saigon die Durchführung dieses Abkommens zu hintertreiben. Die USA haben ihre Kriegspolitik keineswegs aufgegeben, sie haben sie nur in ein neues Gewand gekleidet. Dafür werden sie ausgezeichnet, während man zur gleichen Zeit das vietnamesische Volk brüskiert, das für die Einhaltung des Abkommens kämpft. Der Kampf für das Abkommen, das ist der Kampf für den Frieden, die Machenschaften gegen das Abkommen, das sind die Kriegsgründe!

Le Duc Tho hat deshalb diese "Ehrung" zurückgewiesen. In einem Schreiben an das Nobelpreiskomitee erklärte er: "Wenn das Pariser Abkommen über Vietnam eingehalten wird und die Kanonen verstummt sein werden, wenn der Friede in Vietnam tatsächlich wieder hergestellt sein wird, werde ich die Annahme des Preises erneut überprüfen".

Damit hat Le Duc Tho der entschlossenen Haltung des vietnamesischen Volkes Ausdruck verliehen. Nur die bedingungslo se Durchführung des Abkommens kann den Frieden bringen, die Kämpfer für die Realisierung verdienen daher den Preis, denn im Kampf für den Sieg des vietnamesischen Volkes leisten sie den größten Beitrag zum Weltfrieden.
"Das grundlegende Interesse des Proletariats, der Völker und der Nationen der ganzen Welt besteht darin, zugleich den Weltfrieden zu erhalten und die Revolution in den verschiedenen Ländern voranzutrieben. Diese beiden Ziele sind organisch miteinander verbunden, wobei das eine die Voraussetzung für das andere ist" (Le Duan: Die vietnamesische Revolution, S 49).

ZUM 56. JAHRESTAG DER GROSSEN SOZIALISTISCHEN OKTOBERREVOLUTION

Am 25.Oktober 1917 (7.November gregorianischer Kalender neuen Stils) eroberte das Proletariat in Rußland die Staatsmacht und tat damit - nach der Pariser Kommune von 1871 - den zweiten großen Schritt auf dem Weg der proletarischen Weltrevolution. Während die Pariser Kommune ein heroischer Versuch blieb, der nach kurzer Zeit unterdrückt werden konnte, gelang es dem russischen Proletariat und den mit ihm verbündeten Volksmassen mit der inländischen und ausländischen Konterrevolution fertig zu werden und den ersten Staat der Diktatur des Proletariats dauerhaft zu begründen.



Anders als die Pariser Kommune entsprang die Oktoberrevolution nicht der isolierten revolutionären Situation in einem Lande. Am Ende des Ersten Weltkrieges entwickelte sich in einer ganzen Reihe europäischer Länder eine revolutionäre Situation. Durch den Weltkrieg waren auch die nationalen Bestrebungen der von den westlichen imperialistischen Staaten unterjochten Völker des Ostens mächtig befördert worden. Der Weltkrieg - ein Krieg um die Neu-

...rteilung von Rohstoffquellen, Absatzmärkten und Kolonien unter den imperialistischen Mächten - hatte die Widersprüche zwischen den Völkern und den Monopolbourgeoisien, die den Krieg in ihrem Interesse betrieben, aufs äußerste zugespitzt. Diese Widersprüche fanden zuerst in Rußland ihre revolutionäre Lösung. Die Oktoberrevolution verwandelte Rußland aus dem schwächsten Kettenglied des imperialistischen Weltsystems in das feste Verbindungsstück zwischen der proletarischen Revolution des Westens und den nationalen Revolutionen des Ostens.

Voraussetzung und Garant dieses großen Sieges der russischen Arbeiter und Bauern war die bolschewistische Partei, die sich unter Lenins Führung in langen Kämpfen gestählt und sich immer enger mit den Massen der Ausgebeuteten verbunden hatte. Ohne diesen entschlossenen und disziplinierten Führungsstab der Revolution hätten die Arbeiter und Bauern die Staatsmacht nicht erringen und sie keinesfalls behaupten können.

Die Oktoberrevolution war kein Ereignis von bloß nationaler Tragweite, ihr Charakter war vielmehr international und epochal. Sie war die erste proletarische Revolution, die unter den Bedingungen des Imperialismus, der objektiven Reife des Kapitalismus für die Machtergreifung des Proletariats und für die Errichtung der sozialistischen Wirtschaftsordnung, durchgeführt wurde. Ihre Erfahrungen und Lehren werden solange Gültigkeit haben, als Kapitalismus und Imperialismus existieren.

An der Gültigkeit jener Erfahrungen und Lehren ändert sich auch nichts dadurch, daß sie von den heutigen Machthabern in der Sowjetunion systematisch verleugnet werden. Unter dem Vorwand der Kritik an Fehlern Stalins griffen sie dessen gesamte Politik an, also in Wirklichkeit die allgemeinen Wahrheiten des Marxismus-Leninismus, für deren Verwirklichung Lenin und Stalin ihr Leben lang gekämpft haben. Die sowjetrevisionistische Renegatenclique weiß, daß sie von der Anwendung der Lehren Lenins und Stalins durch die sowjetischen Werktätigen und ihre sich entwickelnde kommunistische Avantgarde nichts anderes erwarten könnte als ihren eigenen Sturz.
Unter der Führung der Partei Lenins und Stalins haben die Werktätigen der verschiedenen Nationalitäten der Sowjetunion in einer Reihe von Jahren den Sozialismus aufgebaut und dabei große Fortschritte gemacht. Sie haben den faschistischen Vernichtungsangriff zurückgeschlagen und dem deutschen Faschismus den Garaus gemacht. Über lange Zeit war die Sowjetunion die feste Basis der proletarischen Weltrevolution. Wie konnte da eine Clique von Verrätern an die Spitze von Partei und Staat kommen, das Proletariat und die Volksmassen entmündigen und den Kapitalismus restaurieren?
Kann die Restauratione des Kapitalismus überhaupt verhindert werden und wenn, wie? Das sind Fragen, die sich - angesichts der Entwicklung in der Su - heute viele fortschrittliche Menschen stellen.

Obwohl der Druck des Imperialismus auf die Sowjetunion immer da war und wiederholt auch die Form der gewaltsamen Aggression annahm, ist die Diktatur des Proletariats nicht von außen, sondern von innen gestürzt worden - durch bürgerliche Elemente in Partei- und Staatsapparat. Diese Elemente hatten schon unter Lenin und Stalin den Aufbau des Sozialismus sabotiert, das Prolatariat zu unterdrücken und zu apathisieren versucht. Sie hatten sich mit der Zeit zu einer privilegierten Schicht entwickelt, die nur darauf lauerte, die politische Macht zu erobern und sich zur herrschenden Klasse aufzuwerfen. Die Gelegenheit dazu war nach dem Tode Stalins, der die Diktatur des Prolatariats immer verteidigt hatte, gegeben.
Mit dem XX. Parteitag von 1956 rissen die Revisionisten - als politische Agenten dieser Ausbeuterschicht - die Macht in Partei und Staat an sich und verwandelten sich in eine neue Bourgeoisie, die die sowjetischen Arbeiter und Bauern mit den Mitteln des Staates auspreßt und unterdrückt. Damit wurden die sowjetischen Werktätigen der Früchte der Oktoberrevolution beraubt, und die sowjetische Arbeiterklasse steht heute wieder vor der selben Aufgabe wie 1917 - die proletarische Revolution durchzuführen.

Gewiß ist die Restauration des Kapitalismus in der SU ein schwerer Rückschlag für den Kampf des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker. Zugleich aber rückt der erfolgreiche Aufbau des Sozialismus in China und anderen Ländern, der nicht zuletzt durch die schweren Erfahrungen der Sowjetunion unter Lenin und S Stalin erleichtert und ermöglicht worden ist, den niederschmetternden Eindruck, den die Restauration des Kapitalismus in der SU gemacht hat, allmählich in den Hintergrund.
Der Aufbau des Sozialismus in China beweist: die Niederlage des Proletariats in der SU ist tragisch, aber nicht unvermeidlich. Die Versuche der bereits gestürzten Ausbeuterklassen, wieder an die Macht zu kommen, können zurückgeschlagen werden, wenn an der Diktatur des Proletariats konsequent festgehalten und die revolutionäre Masseninitiative breit entfaltet wird.
Die Kulturrevolution hat die Entwicklung in der SU praktisch widerlegt und den unterdrückten Völkern und dem Proletariat neuen Ansporn gegeben.
Auch das sowjetische Proletariat, das heute unter der finsteren faschistischen Diktatur der neuen Bourgeoisie lebt, wird seine Unterdrückung nicht tatenlos hinnehemn. Die Herrschaft der Bourgeoisie in der SU wird nicht ewig dauern, der Sieg der Arbeiterklasse ist gewiß.
Für uns gilt es, die Erfahungen der russischen Revolution anzueignen, ihre Prinzipien zu verteidigen, die durch den Aufbau des Sozialismus in China und anderen Ländern verwirklicht werden. So steht auch der Kampf für den Sozialismus in Österreich in der Fortsetzung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution - trotz der vorübergehenden Niederlage des russischen Proletariats.

DER X. PARTEITAG DER KP CHINAS

Ein Parteitag der Geschlossenheit, des Sieges, ein Parteitag voller Lebenskraft

Vom 24. bis zum 28. September hat in Peking der X.Parteitag der KPCH stattgefunden. Dieser Parteitag ist von größter Bedeutung. Er setzt die konsequente marxistisch-leninistische Linie des IX. Parteitages fort und machte damit die Hoffnungen der Imperialisten und Revisionisten zunichte, die darauf lauern, daß China die Farbe wechsle. Dieser Parteitag hat gezeigt: In China wird die Revolution weitergeführt - unter der festen Führung der Arbeiterklasse!

Auf der Tagesordnung des Parteitages stand der politische Bericht des ZK, der Bericht über die Abänderung des Parteistatuts und die Wahl des X. ZK. Hauptinhalt des Berichts, vorgetragen von Tschou En-lai war die Kritik an Lin Biao und seiner Politik, die China auf den Weg des Kapitalismus zurückgeführt hätte. Dieser Bericht, sowie alle anderen Fragen, die auf dem Parteitag behandelt wurden, waren bereits vorher in der ganzen Partei und im Volk breit diskutiert worden und hatten nach zahlreichen Anregungen und Abänderungsvorschlägen in der jetzigen Fassung die allgemeine Zustimmung gefunden.

War auf dem IX. Parteitag mit der bürgerlichen Linie Liu Schoa tschis abgerechnet worden, so wurden jetzt die Lehren aus dem Kampf zweier Linien mit Lin Biao gezogen. Der X. Parteitag hat gezeigt,, daß die Auseinandersetzungen mit Lin Biao nichts anderes als ein Kampf um die weitere Durchführung der korrekten marxistisch-leninistischen Politik war, wie sie am IX. Parteitag zusammengefaßt worden war. Der jetzige Parteitag deckte auf, daß sich die parteifeindliche Lin Biao-Clique gegen die Mehrheit des ZK stellte, das voll und ganz das Programm der Kulturrevolution und seine Lehren unterstütze, und sogar Mordpläne gegen Mao tse tung schmiedete, weil sie sich mit ihrer bürgerlichen Linie nicht durchsetzen konnte. Lin Biao hatte sich zwar am Kampfe gegen Liu Schao Tschi beteiligt und war in vielen Fragen zu dessen bürgerlicher Linie auch tatsächlich in Opposition gestanden.



WANG HUNG-WEN, DER AM X. PARTEITAG DER KPCH DAS REFERAT ÜBER DIE ÄNDERUNG DES PARTEISTATUTS HIELT.

Gleichzeitig aber vertraten er selbst und seine Gesinnungsgenossen viele falsche Positionen, die ebenso bürgerlich waren, wie die von Liu Schao Tschi. Weil der Kampf gegen den Revisionismus von Liu Schao tschi die zentrale Frage während der Kulturrevolution war, blieb der Revisionismus von Lin Biao verdeckt. Es ist ein Grundzug der Geschichte, daß Ausrichtungsbewegungen gegen bestimmte fehlerhafte Ansichten andere, ebenso schädliche Tendenzen oft nicht erfassen können, weil diese sich am Kampf selbst beteiligen und deshalb unentdeckt bleiben können. "Es hat sich in der Geschichte mehrmals ereignet, daß eine Tendenz eine andere verdeckte und beim Aufkommen einer Strömung nur wenige Personen dieser standhielten, während die Mehrheit sich von ihr treiben ließ. Im heutigen internationalen wie inländischen Kampf werden sich möglicherweise noch Abweichungen ergeben, wie solche in der Vergangenheit, daß man über der Vereinigung mit der Bourgeoisie den unerläßlichen Kampf vergaß und über dem Bruch mit der Bourgeoisie wiederum vergaß, daß eine Vereinigung unter bestimmten Bedingungen noch möglich war. Wir müssen daher unser möglichstes tun, um solche Abweichungen rechtzeitig zu entdecken und zu korrigieren. Wenn uns eine falsche Tendenz wie eine steigende Flut entgegenschlägt, dürfen wir uns nicht vor dem Isoliertwerden fürchten, sondern müssen den Mut aufbringen, gegen die Strömung anzukämpfen und ihr die Stirn zu bieten. Vorsitzender Mao hat festgestellt: 'Gegen die Strömung anzukämpfen ist ein Prinzip des Marxismus-Leninismus'" (Peking Rundschau 35/36, S 21/S22)

Der Bericht des ZK war zwar auf dem 9.Parteitag von Lin Biao vorgetragen worden, in Wirklichkeit stellte er sich aber nicht hinter diesen Bericht, sondern intrigierte gegen ihn. "Wie wir alle wissen, wurde der politische Bericht an den 9. Parteitag unter der persönlichen Leitung des Vorsitzenden Mao ausgearbeitet. Vor dem 9. Parteitag hatte Lin Biao in Kollaboration mit Tschen Boda einen politischen Bericht verfaßt. Sie stellten sich gegen die Weiterführung der Revolution unter der Diktatur des Proletariats und vertraten die Auffassung, daß die Hauptaufgabe nach dem 9.Parteitag in der Entwicklung der Produktivkräfte bestünde. Das war, unter neuen Bedingungen, eine Neuauflage des absurden revisionistischen Geredes, das Liu Schao tschi und Tschen Boda in den Beschluß des 8.Parteitags eingeschmuggelt hatten. Danach wäre der Hauptwiderspruch im Inland nicht im Widerspruch zwischen dem Proletariat und der Bourgeoisie,

sondern "im Widerspruch zwischen dem fortgeschrittenen sozialistischen System und den rückständigen Produktivkräften" zu suchen. Dieser politische Bericht von Lin Biao und Tschen Bo-da wurde selbstverständlich vom ZK abgelehnt. Lin Biao unterstützte im geheimen Tschen Bo-da, offen gegen den unter Leitung des Vorsitzenden Mao ausgearbeiteten politischen Bericht aufzutreten, und erst nachdem er damit gescheitert war, nahm er widerwillig die politische Linie des ZK an und verlas auf dem Parteitag den politischen Bericht des ZK. Aber sowohl während des 9. Parteitags als auch nachher setzte Lin Biao, ungeachtet der Ermahnungen und der Rettungsversuche des Vorsitzenden Mao und des ZK der Partei ihm gegenüber, seine Verschwörung und Sabotage fort." (Bericht auf dem X.Parteitag der KPCH, erstattet von Tschou En-lai, PR 35/36, S 19)

Nachdem also der Kampf 2er Linien der Kampf zwischen der bürgerlichen Linie Liu Schao tschi und der marxistisch-leninistischen mit dem Sieg der Arbeiterklasse geendet hatte, deutete sich bereits am 9 Ptg. eine neue Auseinandersetzung an - die Auseinandersetzung um die konsequente Weiterführung der im laufe der Kulturrevolution erarbeiteten politischen Linie für die ganze Periode des Aufbaus des Sozialismus.

Worum ging es bei der Kulturrevolution ?

Der 9. Ptag. der KPCH hatte im April 1969 nach der großen Kulturrevolution stattgefunden und deren Erfahrungen und Lehren zusammengefaßt. Er war der Abschluß einer Massenbewegung, die die Restauration des Kapitalismus in China verhindert und die Diktatur des Proletariats gestärkt hatte, die Voraussetzung für den Aufbau des Sozialismus. Die Große Proletarische Kulturrevolution war die Antwort auf die Lehren, die die KPCH aus der revisionistischen Entartung der KPdSU und aus der Tatsache, daß nicht unwesentliche Teile der eigenen Partei den gleichen bürgerlichen Weg zu gehen gewillt waren, gezogen hatte. Mao faßte die Schlußfolgerungen aus dem Studium und der Analyse der Entwicklung der kapitalistischen Restauration in der Sowjetunion so zusammen: "Die Grundprinzipien und die allgemeingültigen Wahrheiten des Marxismus verleugnen - d.h. Revisionismus. Der Revisionismus ist eine Art der bürgerlichen Ideologie. Die Revisionisten verwischen den Unterschied zwischen der proletarischen und der bürgerlichen Diktatur. Die Revisionisten oder Rechtsoppurtunisten geben ein Lippenbekenntnis zum Marxismus ab und greifen dabei auch den "Dogmatismus" an. Aber das, was sie angreifen, ist gerade das Fundamentalste am Marxismus." (Worte des Vorsitzenden Mao tse tung, S 25)

Die sowjetischen Revisionisten unter Chrustschow hatten den "Dogmatismus" Stalins angegriffen und dabei den Marxismus über Bord geworfen. Nicht die Fehler Stalins kritisieren sie, wie die KPCH das getan hatte, sondern das, wofür Stalin sein Leben lange gekämpft hatte. Sie griffen den "Dogmatismus" an und meinten den sozialistischen Aufbau. Sie verwischten den Unterschied zwischen Kapitalismus, zwischen bürgerlicher und proletarischer Diktatur und führten Reformen durch, die den Aufbau des Sozialismus liquidierten und die kapitalistische Restauration auf die Tagesordnung setzten. Damit machten sie sich zum Gehilfen der bereits gestürzten Ausbeuterklassen, die die Hoffnung auf eine Restauration des Kapitalismus noch nicht aufgegeben hatten. Schon Lenin hatte auf folgendes hingewiesen: "Der Übergang vom Kapitalismus zum Kommunismus umfaßt eine ganze gesellschaftliche Epoche. Solange sie nicht abgeschlossen ist, behalten die Ausbeuter unvermeidlich die Hoffnung auf eine Restauration und diese Hoffnung verwandelt sich in Versuche der Restauration".
Die Träger dieser Restauration sind die Revisionisten. Sie haben die Staatsmacht in der Hand, entmachten die Arbeiterklasse und führen im Namen des Sozialismus die allseitige Restauration des Kapitalismus durch. Heute sind die sowjetischen Revisionisten bereits zu einer neuen Bourgeoisie geworden, die eine Diktatur über die Arbeiterklasse ausübt.

Aufgrund der Analyse dieser Entwicklung konnte Mao Tse Tung feststellen: "Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie."Das ist auch der Grund, warum alle bürgerlichen Kräfte das Entstehen revisionistischer Strömungen in den KP's freudig begrüßen und mit aller Kraft unterstützen, "denn die in und ausländischen Feinde wissen, daß eine Festung am leichtesten von innen her einzunehmen ist. Es ist viel leichter, die Diktatur des Proletariats durch jene Machthaber umzustürzen, die sich in die Partei eingeschlichen haben und den kapitalistischen Weg gehen, als daß die Grundherren und Kapitalisten selbst ins Rampenlicht treten, zumal diese in der ganzen Gesellschaft schon in üblem Ruf stehen." (Pr 35/36 S 20/21)

Die Gruppe um Liu Scho tschi wollte denselben Weg gehen, wie die bürgerlichen Machthaber in der Sowjetunion. Liu Schao tschi leugnete, daß auch nach der Machtergreifung durch die Arbeiterklasse und während des Aufbaus des Sozialismus der Hauptwiderspruch der Widerspruch zwischen der Arbeiterklasse und der Bourgeoisie ist. Daher leugnete er auch die Notwendigkeit des permanenten Klassenkampfes und stellte einseitig den Produktionskampf in den Vordergrund, im Gegensatz zu Mao tse-tung, der betonte, daß die politische Arbeit der Lebensnerv der wirtschaftlichen Tätigkeit zu sein hat. Damit knüpfte Mao tse-tung nur an Lenin an, der klar formuliert hatte: "Die Politik hat notwendigerweise das Primat gegenüber der Wirtschaft. Anders argumentieren heißt das ABC des Marxismus vergessen." Für Liu Schao tschi war die Frage, ob die Arbeiterklasse über die Bourgeoisie gesiegt hat schon entschieden. Damit leugnete er die weitere Existenz von Klassen und hätte damit die Arbeiterklasse vor der Bourgeoisie entmachtet, die in der Leugnung der Existenz von Klassen einerseits ihre

Herrschaft aufrechterhalten will bzw. dort, wo sie bereits gestürzt ist, wieder erlangen will.

Durch die Mobilisierung der Arbeiterklasse und der Bauern konnte der Einfluß Liu Schao tschi zurückgedrängt und die Diktatur des Proletariats gefestigt werden. Auf dem 9. Ptg wurde die bürgerliche Linie Liu Schao tschi verurteilt, und im Bericht des Zentralkomitees die Linie und die Politik der Partei für die ganze Geschichtsperiode des Sozialismus bekräftigt:
"Die sozialistische Gesellschaft umfaßt eine ziemlich lange geschichtliche Periode. Während dieser Geschichtsperiode des Sozialismus sind Klassen, Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe immer noch vorhanden, der Kampf zwischen 2 Wegen, dem des Sozialismus und dem des Kapitalismus geht weiter und die Gefahr einer kapitalistischen Restauration bleibt bestehen. Man muß die Probleme der Klassenwidersprüche und Klassenkämpfe richtig begreifen und behandeln, die Widersprüche zwischen uns und dem Feind und die im Volk richtig voneinander unterscheiden und behandeln. Andernfalls wird sich ein Staat wie unserer in sein Gegenteil verwandeln, er wird entarten, und es wird zu einer Restauration kommen. Von nun an müssen wir jährlich, monatlich, ja täglich drüber sprechen, damit wir für dieses Problem ein verhältnismäßig nüchternes Verständnis haben und eine marxistisch-leninistische Linie besitzen können".

Der Kampf 2er Linien

Mit dem 9. Ptg hatte die Arbeiterklasse einen großen Sieg errungen, aber neue Auseinandersetzungen setzten mit einer Linie ein, deren hauptsächlicher Repräsentant Lin Biao war. Wie wir gezeigt haben, ist der Kampf 2er Linien aber keineswegs zufällig, denn "nach marxistisch-leninistischer Ansicht ist der innerparteiliche Kampf eine Widerspiegelung des in der Gesellschaft vor sich gehenden Klassenkampfes innerhalb der Partei". (PR 35/36) Der Kampf 2er Linien ist daher eine gesetzmäßige Erscheinung, wobei es darauf ankommt, diesen nicht zu negieren, sondern auszutragen und die richtige von der falschen die zur Restauration des Kapitalismus führt, rechtzeitig zu unterscheiden, denn "die Richtigkeit oder Unrichtigkeit der ideologischen und politischen Linie entscheidet alles. Ist die Linie nicht richtig, wird man scheitern, auch wenn man die zentrale und lokale Führung sowie die Armee innehat. Ist die Linie richtig wird man Soldaten finden können, auch wenn man noch keinen einzigen hat, wird man die politische Macht ergreifen können, auch wenn man sie noch nicht in der Hand hat". (PR 35/36) Der Kampf 2er Linien ist die Widerspiegelung des Klassenkampfes in der Gesellschaft, nur durch die breite Mobilisierung kann daher der Kampf zwischen den beiden Wegen, dem des Kapitalismus und dem des Sozialismus, auch wirklich mit dem Sieg des Marxismus-Leninismus enden. "Das Volk, und nur das Volk ist die Triebkraft, die die Weltgeschichte macht". Um in dem Kampf für den Aufbau des Sozialismus teilnehmen zu können, müssen die Arbeiter und Bauern daher befähigt werden, die richtigen von den falschen Ansichten unterscheiden zu können. Die Große Proletarische Kulturrevolution war dieses Eingreifen der Massen um die Diktatur des Proletariats zu festigen und die bürgerlich reaktionäre Linie Liu Schao tschi zu stürzen. Deshalb heißt es auch im neuen Statut der KPCH: "Die große proletarische Kulturrevolution ist gerade eine große politische Revolution, durchgeführt vom Proletariat unter den Bedingungen des Sozialismus gegen die Bourgeoisie und alle anderen Ausbeuterklassen zur Konsolidierung der Diktatur des Porletariats und zur Verhütung einer Restauration des Kapitalismus. Revolutionen dieser Art werden in Zukunft noch mehrmals durchgeführt werden." (PR 35/36 S 2) Die gegenwärtig laufende große Schulungsbewegung in China und die Lehren aus dem Auftreten Lin Biaos sollen die Massen zu einem solchen Eingreifen befähigen, sollen die Grundlagen dafür legen, daß sie zwischen Marxismus und Revisionismus unterscheiden können. Im Bericht über die Abänderung des Parteistatuts heißt es daher ganz richtig in diesem Sinne: "4. Man muß in den Kämpfen der Massen Millionen von Fortsetzern der revolutionären Sache des Proletariats heranbilden. Vorsitzender Mao wies darauf hin: "Um zu gewährleisten, daß unsere Partei und unser Land nicht die Farbe wechseln, müssen wir nicht nur eine richtige Linie und eine richtige Politik haben, sondern auch Millionen von Fortsetzern der revolutionären Sache des Proletariats erziehen und heranbilden."" (PR 35/36 S 33)

Die Perspektiven sind glänzend

Die Einheit, die der X. Parteitag ausstrahlte, ist das Ergebnis der reichen Erfahrung im Kampf 2er Linien. Im Laufe dieser ideologischen Auseinandersetzung gelang es der KPCH gleichzeitig die Basis der Partei weiter zu verbreitern und die Massen dazu zu befähigen in den Prozeß des Aufbaus des Sozialismus aktiv einzugreifen zu können. Die Erziehung der Arbeiterklasse und der Bauern im Geiste des Marxismus-Leninismus ist auch der einzige Garant dafür, daß in China die Revolution weiter geführt wird - unter der festen Führung der Arbeiterklasse. Der X. Parteitag dokumentiert, die KPCH ist aus allen Kämpfen gestärkt hervorgegangen, der Aufbau des Sozialismus geht weiter, China bleibt das feste Hinterland der Revolution!

UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG VON GUINEA - BISSAU

Am 24. September 1973 hat die in den befreiten Gebieten gewählte Nationale Volksversammlung von Guinea - Bissau die Unabhängigkeit der neuen Republik Guinea-Bissau erklärt, während noch die Hauptstadt Bissau und einige andere Städte und Militärstützpunkte im Land von der portugiesischen Kolonialarmee besetzt gehalten werden. Mit dieser Erklärung hat das "höchste Organ des kämpfenden Volkes" die Konsequenz aus der sich immer schärfer abzeichnenden Niederlage der portugiesischen Kolonialisten gezogen. Die Unabhängigkeitserklärung wird aber auch die weltweite Isolierung des portugiesischen Kolonialismus vorantreiben. Viele Staaten haben die Kolonialpolitik Portugals in der Vergangenheit scharf verurteilt und selbst die UNO erkannte das Recht des Volkes auf Selbstbestimmung und Unabhängigkeit an und forderte alle Mitgliedstaaten



Die Portugiesen mußten alles stehen und liegen lassen: Ferngeschütze im von der PAIGC eroberten Lager Guiledje.

auf, die Partei für die Unabhängigkeit Guinea - Bissau's und den Capverdischen Inseln (PAIGC) als einzige und wahre Vertreterin des Volkes dieses Landes anzuerkennen. Die UNO-Generalversammlung anerkannte am 22.10.1973 mit 88 gegen 7 Stimmen die Republik Guinea-Bissau als unabhängigen Staat und erklärte die portugiesische Präsenz für illegal. Österreich stimmte zwar nicht mit solchen Regimes wie Bolivien, Brasilien, Südafrika, Portugal, Spanien, Griechenland direkt gegen die Anerkennung Guinea-Bissau's durch die UNO, sondern enthielt sich zusammen mit 20 anderen Ländern der Stimme. Das bedeutet nichts anderes als die indirekte diplomatische Komplizenschaft mit den Kolonialisten und zugleich ein Hintertürl, sich bei gegebenem Anlaß günstige Startbedingungen für neokolonialistische Ausplünderungsversuche (Entwicklungshilfe etc.) zu sichern, in einer Front mit den imperialistischen Großmächten England, Frankreich und BRD stellt sich auch Österreich gegen den Befreiungskampf der Völker im südlichen Afrika.

THAILAND

Die Bevölkerung Bangkoks verjagt die militärfaschistischen Clique von Thanom Kittikachorn

Mit der Stürmung des Polizeihauptquartiers und den vorhergehenden machtvollen Demonstrationen versetzte die Bevölkerung der Hauptstadt Thailands der Marionettenclique des Generals Thanom und der Kompradorenbourgeoisie schwere Schläge. Thanom und der Marschall Prapass , die Hauptverantwortlichen des Massakers vom 15. Oktober flüchteten in die USA. Der neue Regierungschef, der ehemalige Rektor der Universität, versprach dem Volk eine neue Verfassung binnen weniger Monate.

Die erste Demonstration ging von der Thammasat-Universität aus. Der Chef der Polizei, Prapass, hatte 13 Studenten, Journalisten und Professoren verhaften lassen, die auf Flugblättern eine demokratische Verfassung gefordert hatten. Die Demonstranten forderten die Freilassung der 13 Inhaftierten und eine Verfassung bis Ende des Jahres. Als die Polizei gegen die Demonstranten vorzugehen begann, schlossen sich ihr immer mehr Studenten, aber auch zahlreiche Menschen aus anderen Teilen der Bevölkerung an.

Am gleichen Tag, dem 13. Oktober, drang Polizei und Militär in eine Versammlung unbewaffneter Studenten ein und erschoß fünf von ihnen. Wenige Stunden nach diesem Ereignis waren die Straßen von Bangkok von gut 400 000 Demonstranten besetzt, die sich zum Teil bewaffnet hatten und der Polizei erbitterte Straßenschlachten lieferten. Die Kämpfe setzten sich die ganze Nacht hindurch fort. Am Vormittag des 14. Oktober griffen Militärhubschrauber Studenten, die sich auf den Campus der Thammasat-Universität geflüchtet hatten, mit ihren Bordwaffen an und töteten und verletzten Hunderte von ihnen. Am Nachmittag begann die Armee Panzer einzusetzen. Trotzdem setzten sich die Kämpfe am 15. Oktober fort und führten zur Erstürmung des Poli-

zeihauptquartiers.

Da der Großteil der Bevölkerung und sogar Teile der Kompradorenbourgeoisie mit dem Kampf sympathisierten, beschloß der König, der sich geschickt aus den Ereignissen herausgehalten hatte, im Einvernehmen mit einem Teil der Militärs, das die bisher angewandten Methoden für nicht geeignet hielt, um die Volkskämpfe einzudämmen, Thanom und Prapass zu opfern.

Das Thanom-Regime hatte nach einem Staatsstreich im November 1971 jeden demokratischen Schein abgeworfen. Thanom war schon seit 1963 Regierungschef, aber selbst das jämmerliche, 1969 aus manipulierten Wahlen hervorgegangene Parlament war ihm im Weg: Die wenigen neutralistischen Abgeordneten und selbst einige Vertreter aus Kreisen der Kompradorenbourgeoisie kritisierten das massive Eingreifen thailändischer Truppen in Südvietnam, Laos und Kambodscha. Das Thanom-Regime ging gegen jede Regung, die der uneingeschränkten Unterstützung des US-Imperialismus im Wege stand, mit Terror und Unterdrückung vor.

Es unterdrückte die nationale Befreiungsbewegung im Nordosten, Norden und Süden des Landes schon seit der Mitte der sechziger Jahre mit grausamen Terror, Ausrottungsfeldzügen, Napalmbombardements und bakteriologischer Kriegführung.



IRAN

Die iranische Arbeiterklasse hat in den vergangenen drei Monaten durch vier weitere große Streiks ihre Entschlossenheit uner Beweis gestellt, den Kampf gegen die Ausbeuter und Unterdrücker weiterzuführen. In der Schuhfabrik ICAFSCHE MELI, einem der größten Betriebe Teherans, kämpften die Arbeiter für eine Lohnerhöhung und gegen die Durchsetzung eines neuen reaktionären Gesetzes des Schah-Regimes, durch das neue ökonomische Differenzierungen zwischen Arbeitern und Angestellten eingeführt werden sollen, um die Spaltung zwischen diesen beiden Teilen des Volkes zu befestigen. Nach elf Tagen erbitterter Auseinandersetzungen, in deren Verlauf die Regierung zweihundert Soldaten einsetzte und die Arbeiter mit ihren Familien die Fabrik besetzten und die Produktion lahmlegten, konnten die Streikenden ihre Forderungen zum Teil durchsetzen und nahmen die Arbeit wieder auf.

Ebenso erfolgreich war der Streik von 1500 Arbeiterinnen und Arbeitern in der Tehreaner PARS ELECTRIC. Der Monatslohn der Frauen beträgt dort ca. 525,—, der der Männer zwischen 1000,— und 2000,— öS. Anlaß zum Streik war wiederum das neue Gesetz. Zu heftigen Arbeitskämpfen in diesem Zusammenhang kam es auch in der Speiseölfabrik SCHAHPASAND und in der Zeigniederlassung des französischen Automobilkonzerns CITROEN.

Die iranischen Arbeiter haben erneut gezeigt, daß sie, wenn sie nur gemeinsam und entschlossen kämpfen, ihren Forderungen auch unter den Bedingungen schärfster und brutalster staatlicher Unterdrückung Nachdruck verleihen können. Sie haben gleichzeitig bewiesen, daß sie aus den Erfahrungen ihrer früheren Kämpfe gelernt haben und gemachte Fehler nicht mehr wiederholen. So haben sie zum Beispiel nicht mehr einen Sprecher bestimmt, der die Forderungen aller der Betriebsleitung übermittelte.

Sie wissen aus früheren Auseinandersetzungen, daß diese Sprecher der Kollegen Opfer der SAVAK und der Polizeiwillkür werden. Mit ihrer neuen Taktik konnten sie das verhindern: während sich alle Arbeiter versammelten, wurde das Licht abgedreht und die Sprecher konnten von der Betreibsleitung und der SAVAK nicht ausgemacht werden.

In den letzten drei Jahren gab es in Persien über 40 Streiks. Die Zunahme der Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse und des Volkes widerlegt deutlichst die absudre Theorie der kleinbürgerliche Abenteurer, die behaupten, daß man unter den Bedingungen absoluter Diktatur nur zum Kampfmittel des Terrors greifen kann. Die schrittweise Vereinigung im Kampf, das Lernen aus den Erfahrungen vergangener Kämpfe, um die künftigen zu meistern, das ist der einzige Weg, den das iranische Volk zum Sturz des Imperialismus und seiner einheimischen Verbündeten gehen.

INDOCHINA

Neuerliche Übergriffe der Saigoner Marionetten

Die schwierige ökonomische und politische Situation, in die die US-Imperialisten und ihre Lakaien in Süd-Vietnam, die Thieu-Clique, geraten sind, zwing sie, das Pariser Vietnam-Abkommen in immer größerem Ausmaß zu verletzen. Ihr Ziel

ist die neuerliche Unterwerfung der befreiten Gebiete Südvietnams mit den Mitteln eines von den USA ausgerüsteten und instruierten Militärapparates. Thieu hält fast 1 Million Mann unter Waffen, seine Luftwaffe umfaßt über 2 000 Flugzeuge verschiedener Typen. Sollte diese gewaltige Militärmacht nicht ausreichen, das Volk in die Knie zu zwingen, stehen in Thailand, auf Okinawa, Guam und den Philippinen bewaffnete Formationen der USA bereit, und amerikanische Flugzeugträger kreuzen vor der vietnamesischen Küste.

Noch richtet sich die Aggression nur gegen einzelne Teile der befreiten Gebiete, z.B. wurde in der Zeit vom 20. bis 25. Oktober ein Gebiet von ca. 500 km^2 Ausdehnung nördlich von Saigon mit Artillerie und Luftwaffe angegriffen. Dabei wurden über 100 Luftangriffe im Tag, unter anderen von supermodernen F-5 Jagdbombern geflogen. Diese Aktionen, von denen selbst die bürgerliche Presse zugeben mußte, daß sie im Widerspruch zum Pariser Abkommen stehen, wurden von "Saigoner Kreisen" als "Präventivschläge" bezeichnet. Ihr wahres Ziel ist freilich die Rückeroberung der befreiten Gebiete und, wo dies an der Entschlossenheit und Wachsamkeit der Befreiungstreitkräfte scheitern muß, die Terrorisierung und Einschüchterung der Bevölkerung.

In den letzten Wochen haben Thieu-Truppen wiederholt die kambodschanische Grenze verletzt und sind dabei in Kämpfe verwickelt worden. Diese Vorstöße dienten dazu, die Marionettentruppen Lon Nols bei ihren verzweifelten Bemühungen, die Nachschubwege nach ihrer eingeschlossenen Hauptstadt Pnomh Penh offenzuhalten, zu unterstützen.



ZUR NAHOSTDEMONSTRATION:

Die Solidarität mit den kämpfenden arabischen Völkern und der »K«SV

(Der "K"SV isoliert sich bei dem Versuch, die antiimperialistische Aktionseinheit in ein Sprachrohr der Sozialimperialisten zu verwandeln)

Am 10. Oktober demonstrierten in Wien über 500 Menschen gegen den neuerlichen kriegerischen Überfall der Zionisten auf die arabischen Nachbarstaaten und brachten ihre Solidarität mit dem gerechten Kampf des palästinensischen und der anderen arabischen Völker gegen Zionismus, Imperialismus und Arabische Reaktion zum Ausdruck. In den Diskussionen an den Informationsständen in der Stadt und in der Universität sowie durch die Teilnahme an einer Solidaritätsveranstaltung der MLS im überfüllten Hörsaal I konnten sich viele fortschrittliche Studenten, die zuvor der

Unterstützung der arabischen Revolution skeptisch oder gar ablehnend gegenüberstanden, über den verbrecherischen Charakter des zionistischen Staates Klarheit verschaffen. Viele erkannten, daß die Existenz des kriegslüsternen, expansionistischen Staates Israel - des wichtigsten Brückenkopfes des Omperialismus im Nahen Osten - unvereinbar ist mit dem legitimen Interesse des palästinensischen Volkes nach Wiederherstellung seiner Rechte, somit unvereinbar mit einem gerechten und dauerhaften Frieden im Nahen Osten.

Nur die Zerschlagung des zionistisch-imperialistischen Unterdrückungsapparates Israel und die Errichtung eines demokratischen Staates in Palästina, in dem Araber und Juden gleichberechtigt ihr Schicksal in die eigenen Hände nehmen können, kann die Grundlage für den erstrebten Frieden bilden. Der volle Sieg der palästinensischen Revolution, das ist der Friede im Nahen Osten. Ausgehend von dieser Position ist der Kommunistische Bund Wien (KB-Wien) gemeinsam mit dem Roten Schülerbund (RSB) und unserer Organisation kurz nach dem Bekanntwerden der neuerlichen kriegerischen Auseinandersetzungen an alle demokratischen und antiimperialistischen Organisationen mit der Aufforderung zur Bildung einer Aktionseinheit herangetreten, um eine breitestmögliche Mobilisierung aller fortschrittlichen Menschen für eine Kampagne sicherzustellen, die in der Demonstration ihren Hühepunkt finden sollte. Bei einem ersten Treffen erklärten sich die Vertreter der Konförderation Iranischer Studenten in Österreich (CISNU), des Arabischen Studentenvereins, der GRM und des "K"sv mit dem Vorschlag der Kommunisten einverstanden. Ein von uns vorgeschlagenes Flugblatt für die Aktionseinheit, das gleichzeitig als Plattform des Zusammenschlußes für diese Kampagne diente, wurde von allen Vertretern nach einigen geringfügigen Abänderungen angenommen und unterschrieben. Dieses Flugblatt informierte über die jüngsten Verbrechen der Zionisten und ging auf die Ursachen des neuen Nahost-Krieges ein, die im Wesen des zionistisch-imperialistischen Gewaltsystems über dieser Region liegen. Es wurde darin unsere Solidarität mit den angegriffenen arabischen Staaten und insbesondere mit dem Kampf der palästinensichen Widerstandsbewegung gegen den Zionismus und für die Errichtung eines "Palästina, in dem Juden und Araber friedlich und frei von imperialistischer Unterdrückung leben können" ausgedrückt. Durch dieses Flugblatt wurden die wesentlichen Zielsetzungen, die politische Grundlage der Kampagne klar und unmißverständlich ausgeführt. Es zeigte auf, daß nicht ein"rassischer Gegensatz", wie die Antisemiten behaupten, sondern der Imperialismus und der mit ihr engstens verbündete Zionismus für den Krieg verantwortlich sind und daß ein gerechter Friede daher nur auf der Beseitigung der imperialistisch-zionistischen Unterdrückung fussen kann. Es wurde klar die Solidarität mit den revolutionären arabischen und jüdischen Volksmassen zum Ausdruck gebracht sowie mit den arabischen Staaten, die Opfer der zionistischen Aggression sind.

Alle, die bereit waren, dem Kampf der arabischen Völker und Staaten gegen die neuerliche kriegerische Aggression der Zionisten zu unterstützen, konnten sich auf dieser Grundlage für die Demonstration zusammenschließen. Als Kommunisten trachten wir grundsätzlich danach, in jedem bestimmten Kampf die breitestmögliche Einheit der Masen zu erzielen - auf der Basis der wirklichen, korrekt als solche bestimmten Hauptstoßrichtung des jeweiligen Kampfes selbst. Eine Demonstration ist für uns nicht die in Losungen konzentrierte Zusammenfassung unserer gesamten Positionen zu einer bestimmten Frage, sondern die politische Vereinheitlichung möglichst aller, die bereit sind, in einer bestimmten Situation für ein bestimmtes Ziel zu kämpfen. Von daher bestimmen wir auch unsere Politik gegenüber anderen Organisationen. "K"SV und GRM sind je auf ihre Weise Vertreter und Verfechter einer bürgerlichen Linie im Kampf der fortschrittlichen Studenten. Zu beiden Organisationen haben die Kommunisten prinzipielle Differenzen, die sowohl die Frage des Zieles der Volkskämpfe insgesamt, als auch die Frage des Weges dorthin betreffen. Das gilt selbstverständlich auch für die Antiimperialistische Solidarität mit den kämpfenden Völkern der WElt. Diese Differenzen dürfen jedoch keineswegs die Erzielung der Einheit mit diesen Organisationen im Kampf um ein bestimmtes Teilziel gefährden, sofern sie bereit sind, dabei mitzumachen. Die Existenz des Einflusses verschiedener Organisationen auf das Volk ist Ausdruck seiner Zersplitterung, die nicht durch bloße Propaganda, sondern nur durch richtig geführte Teilkämpfe, um je genau bestimmte Ziele aufgehoben werden wird. Im Verlauf dieser Kämpfe selbst wird sich die bürgerliche Linie als Kapitulantentum vor dem Feind herausstellen, wird in diesem Maße auch der Einfluß der bürgerlichen Organisationen auf die Massen zurückgehen, und sich die proletarische Linie im Volk voll durchsetzen. So und nur so wird die Arbeiterklasse als einzig konsequent revolutionäre Klasse, der bürgerlichen Gesellschaft politisch die Führung des Kampfes der Volksmassen gegen die Bourgeoisie übernehmen und siegreich seine Diktatur über die Ausbeuter errichten können. In Aktionseinheiten in bestimmten Teilkämpfen gilt daher, daß bei genauer Herausarbeitung ihrer Hauptstoßrichtung (und hier gibt es keine Kompromisse mit der bürgerlichen Linie!) alle gewonnen werden müssen, die sich zum Kampf um das konkrete Teilziel bereitfinden. Aus welchen Motivationen sie das tun, welche darüberhinausgehenden Vorstellungen sie damit verbinden, ist für die Aktionseinheit der Massen im Kampf vorerst gleichgültig. Wenn die Motive der modernen Revisionisten gegenüber dem Kampf eines Volkes gegen den Imperialismus noch so hinterfotzig sind, soferne sie dazu bereit sind, diesen Kampf in einer bestimmten Phase zu unter-

stützen und im Rahmen der Aktionseinheit auf ihre bürgerliche Propaganda verzichten, sind wir selbstverständlich zur Zusammenarbeit mit ihnen bereit; was die große Indochina-Demonstration im Februar gezeigt hat.

Ein Beispiel dafür, daß die Identifikation der Modernen Revisionisten mit der großmachtchauvinistischen Politik der Sozialimperialisten ihre Teilnahme am Kampf um ein konkretes Teilziel in der Unterstützung der unterdrückten Völker bereits verhindert, lieferte deutlichst ihr Verhalten während der Kampagne gegen die Aggression der israelischen Zionisten gegen die arabischen Nachbarstaaten. Dieses Kampfziel war in der Nahostkampagne eindeutig: "Schluß mit der israelischen Aggression! Solidarität mit allen gegen Israel kämpfenden arabischen Völkern und Staaten!"
Hätten wir beispielsweise eine Parole gegen das Zusammenspiel der beiden Supermächte als Bedingung für das Zustandekommen einer Aktionseinheit für diesen konkreten Teilkampf aufgestellt, so hätten wir dadurch in sektiererischer Weise allen jenen fortschrittlich gesinnten Menschen die Teilnahme an der Demonstration unmöglich gemacht, die zwar den aggressiven Charakter des zionistischen Staates erkannt haben und bereit sind, die arabischen Völker gegen Israel zu unterstützen, die jedoch noch keine Klarheit über die Rolle der falschen Freunde der arabischen Völker, der sowjetischen Sozialimperialisten erzielt haben.

In dem als Plattform der Aktionseinheit vorgelegten Flugblattentwurf hat der KB-Wien also völlig richtig die Hauptstoßrichtung der Demonsfration gegen die aggressive Politik des Zionismus herausgearbeitet und alle jene Positionen der Kommunisten, die nicht nicht unmittelbar zur richtigen Führung des anstehenden Teilkampfes dazugehören, erst gar nicht den anderen Organisationen zur Diskussion vorgelegt. Die umfassende Propagahda des kommunistischen Standpunktes erfolgt eben nicht in einer Aktionseinheit, sondern ist die Aufgabe der eigenständigen Massenarbeit de kommunistischen Organisationen selbst, dazu haben wir unsere eigenen Flugblätter, Zeitungen und Veranstaltungen.

ZUSATZ ZUM NAHOST ARTIKEL

Dieser Artikel wurde am 18. Oktober abgeschlossen. Auf die späteren Ereignisse konnte aus redaktionellen und technischen Gründen nicht mehr eingegangen werden.



KOREANISCHE BROSCHÜREN, SCHRIFTEN VON KIM IR SEN

Zu beziehen durch das SOLIDARITÄTSKOMITEE FÜR DIE WIEDERVEREINIGUNG KOREAS, 1070 Wien, Westbahnstraße 7/8

DISKUSSIONSVERANSTALTUNG FÜR SYNPATHISANTEN DER MLS
jeden MITTWOCH u. DONNERSTAG 1080 WIEN, MÖLKERG. 3

IMPRESSUM:
Eigentümer, Herausgeber, Vervielfältiger und Verleger: Marxistisch-Leninistische Studentenorganisation; für den Inhalt verantwortlich:

Margarita Schneider, alle: 1080 Wien, Mölkergasse 3

MLS-TEL.: 42 18 625

Hört die revolutionären Sender!

DEUTSCHSPRACHIGES PROGRAMM VON RADIO PEKING

MEZ	METERBAND		
19.00 h - 20.00 h	43,7	42,8	26,2
21.00 h - 22.00 h	43,7	42,8	26,2

DEUTSCHSPRACHIGES PROGRAMM VON RADIO TIRANA

Zeit	Kurzwelle	Mittelwelle
6.00 h - 6.30 h	41,5 Meter	215 Meter
13.00 h - 13.30 h	32,41 "	
14.00 h - 15.00 h	" "	
16.00 h - 16.30 h	" "	
18.00 h - 18.30 h	" "	
19.00 h - 19.30 h	" "	
21.30 h - 22.00 h	" "	
23.00 h - 23.30 h	" "	215 Meter